

Die „Weltwoche“ erscheint (14) wöchentlich außer Sonntag und in den Feiertagen, das heißt 47 Mal jährlich. Preis 1 Mark 20 Pf. pro Bande 20 Hf. Verlagsanstalt Nr. 1208.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interaktionsgebühr... Besondere für die nächste Nummer... Erscheinung abgehoben werden.

Polen Nr. 1208.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Polen Nr. 1208.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 138.

Sonnabend, den 17. Juni 1905.

16. Jahrgang.

Selbstmord und Christentum.

Die älteren Generationen werden sich wohl keiner Epoche zu erinnern wissen, die so viele Selbstmorde aufzuweisen gehabt hätte, wie die gegenwärtige. Selbst in den Zeiten des Gründungschwinds, zu Anfang der siebziger Jahre, als der französische „Milliardensegen“ eine wahnsinnige Spekulation mit dem unvermeidlich darauf folgenden großen Krach hervorgebracht hatte, als tausende von Existenzen jäh vernichtet und Hunderttausende von Arbeitern brotlos geworden waren, kamen nicht so viele Selbstmorde vor, wie in diesen Tagen. Der Selbstmord ist heute eine Epidemie geworden, namentlich in den großen Städten. Dazu weist er auffallend viele grauenhafte Begleiterscheinungen auf. Es ist auch ein Zeichen unserer Zeit, daß der Selbstmörder gewiß eine ganz andere Erscheinung geworden ist, als früher. Der typische Selbstmörder von früher suchte sich ein einsames Plätzchen aus, wo er sich mit dem Dolch oder der Pistole tödete oder sich erhängte oder ertränkte, oder er vergiftete sich in seinem Bett und hinterließ seinen letzten Willen. Der moderne Selbstmörder-Typus ist ganz anderer Art. Er wird, bevor er die verhängnisvolle Tat ausführt, von Wahnsinn befallen, der häufig in Tobsucht ausartet. Dabei verfallt er auf den Gedanken, Personen, die er haßt oder liebt mit in den Tod zu nehmen; besonders häufig kommt es vor, daß ein Vater oder eine Mutter, zum Selbstmord entschlossen, sich von ihren Kindern nicht trennen wollen und dieselben oft unter den gräßlichsten Umständen mit sich in das Grab zerren. Oft will auch ein Gatte die Gattin nicht allein zurücklassen und nimmt sie gegen ihren Willen mit sich in das Reich der Schatten. Einzelne Menschen wiederum, dem Wahnsinn verfallen, suchen möglichst viel fremde Menschen zu töten und rufen dabei Tragödien hervor, deren Opfer sie am Schluß selbst werden. In den Blättern der großen Städte sind fast alle Tage solche Tragödien der verschiedensten Art zu lesen; manchmal häufen sie sich so, daß an einem Tage deren ein halbes Duzend und mehr zu nennenden sind.

Der Strom des öffentlichen, sozialen und geschäftlichen Lebens braust an diesen Erscheinungen vorüber. Einen Moment regen sich die Menschen über die Schreckbilder auf; dann vergißt man, bis morgen die neuen Schreckbilder auftauchen, es sei denn, daß ein Fall durch eine nachfolgende Gerichtsverhandlung die Öffentlichkeit in ganz erhöhtem Maße fesselt. Die wenigsten denken über die Ursachen dieser furchtbaren Erscheinungen nach. Man darf sie nicht rein physiologisch erklären wollen. Die Momente, die damit im Zusammenhang stehen, sind nur die Wirkung sozialer Ursachen, sozialer Uebelstände. Man kann die Selbstmorde mit der großen „Zeitkrankheit“, mit der Nervosität in Verbindung bringen. Aber diese Nervosität ist auch nur eine Folge des heutigen nervenzerrüttenden Erwerbslebens, des Folge aller Kulturfortschritte so sehr erschwerten Kampfes um's Dasein.

Das kapitalistische Zeitalter ist handgreiflich in seine Widersprüche auseinander gerorsten. Man kann sich den Wert der Kulturfortschritte nur so vorstellen, daß sie dem Menschen den Kampf ums Dasein erleichtern und seine Lebenshaltung erhöhen, womit eine Basis zum geistigen Emporsteigen gegeben ist. Aber das kapitalistische Zeitalter erschwert den Kampf ums Dasein; es zwingt den Menschen, Hände und Gedanken auf das äußerste anzustrengen und gewährt ihm doch nicht die Mittel, die verbrauchten Kräfte wieder voll zu ersetzen. Welch ein sinnverwirrendes Hasten, Drängen und Zagen in diesem ungeheuren Getriebe, wo die menschliche Maschine von Fleisch und Blut mit der Maschine von Stahl und Eisen wetteifern muß! Welche Ueberbürdung mit anstrengender Arbeit! Der spätere Kulturgeschichtsforscher wird erst in vollem Maße die Kulturarbeit anerkennen müssen, wie sie von der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ausgegangen ist, die der übermäßigen Ausbeutung des Menschen und seiner Arbeitskraft Schranken gesetzt und dem Kapitalismus in opfervollen Kämpfen Zugeständnisse abgetrotzt hat, welche dem Proletariat wenigstens einigen Schutz zu gewähren geeignet sind.

Aber welche Vorurteile sind da noch zu überwinden. Wie fest halten die herrschenden Klassen an der freilich nicht offen ausgesprochenen Ansicht fest, die große Masse sei nur zum Arbeiten da! Angesichts der ungeheuren Menge von Arbeit, die das Proletariat alltäglich leisten muß, um die Gesellschaft zu erhalten, die für ihren Bedarf erforderlichen Werte zu produzieren, wagte es ein preussischer Junker im Abgeordnetenhaus, die deutschen Arbeiter der Faulheit zu beschuldigen.

Aber noch mehr. Wenn man die Selbstmord-Epidemie als eine Wirkung unserer sozialökonomischen Zustände erkannt hat, so können auch die furchtbarsten Begleiterscheinungen dieser Katastrophen nicht verhindern, dieses Mittel zu empfinden mit den Opfern der Gesellschaftsordnung, die von Not oder Wahnsinn oder von beiden zugleich getrieben worden sind, sich selbst des wertvollsten Besitzes, des Lebens, zu entäußern. Wie schon brüht diese Empfindung der englischen Dichter aus, der die Auffindung der Leiche eines schönen jungen Mädchens beschreibt, das sich in der Wanne erhängt hatte! Wie versenkt er sich in den Seelenkampf, der dem furchtbaren Entschlusse vorherging, und wie gelangt er zu den zartesten Empfindungen:

„Gibt sie vom Ufer des Aufhebs sie leis! O welch ein hart und süß Abgemüht Reis!“

Anders die Helben des christlichen evangelischen Glaubens, die jüngst in der Kreisynode zu Berlin versammelt waren. Dort war beantragt worden, die zur Zeit kirchlicherseits bestehenden Beschränkungen für die Beerdigung von Selbstmördern aufzuheben. Wir legen, wie wir nicht des näheren auszuführen brauchen, auf kirchliches Zeremoniell bei Begräbnissen keinen Wert. Aber wir wollen die religiösen Empfindungen Andersdenkender bei den Freunden und Hinterbliebenen der Selbstmörder geschont wissen, und darum halten

wir den Antrag, den wir eben erwähnten, für berechtigt. Aber die Antragsteller kamen bei den Frommen schlecht an, obgleich sie ihrem Antrag eine durchaus religiöse Begründung gaben. Sie meinten nämlich, daß der arme Selbstmörder sich „in den Schoß Gottes“ geflüchtet habe: Aber die meisten Selbstmörder kommen doch wohl nur zu ihrem Entschlusse, weil sie an allem verzweifeln, und sie werden sich schwerlich vorher noch erst mit religiösen Dingen befassen; das kommt nur bei vereinzelt vor.

Ein Hofprediger fuhr grimmig gegen den Antrag los und meinte, das sei ein Ausdruck „schlaffer Humanität und Sentimentalität!“ Er meinte sogar, er wisse nicht, ob er die Begründung des Antrages nicht als eine Gotteslästerung bezeichnen solle. Andere sekundierten dem glaubensstarker Herrn.

Man würde mit einer längeren Betrachtung über dieses Auftreten der Geistlichkeit nur abschwächend wirken. Es geschieht eben alles, um die Gegenstände von heute zu verschärfen. Statt daß man den bedenklichen und rätselhaften Erscheinungen nachgeht, um ihre Ursachen zu erkunden und diese zu bekämpfen, greift man auf die Vorurteile des Mittelalters zurück. Ein Mensch, der mit dem Leben abgeschlossen hat, kümmert sich doch nur in den seltensten Fällen um die kirchlichen Ehren; es können nur seine Hinterbliebenen in Betracht kommen.

Wir sind nicht so naiv, von jener Seite Toleranz zu verlangen, aber wir sind dankbar, daß man so offen ist. Die Sympathien der Massen für die Kirche sind ja, nach den eigenen Geständnissen der Frommen, im starken Abnehmen begriffen; wenn die Frommen so fortfahren, diese Abnahme zu fördern, so kann es uns nur recht sein.

Japan und Rußland.

Amlich wird erklärt, daß Washington als Ort für die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan gewählt sei. Der russische Bevollmächtigte v. Rosen reist Freitag von Havre ab. Präsident Roosevelt wollte anfänglich von einer Friedenskonferenz in Washington nichts wissen, auf das Drängen Rußlands jedoch gab er nach und hatte es nun unternommen, Japans Einwilligung zu erhalten.

Die Seeschlacht von Tsushima.

In dem vom Marinedepartement veröffentlichten Bericht Logos über die Seeschlacht von Tsushima heißt es: Der japanische Schlachtfeld wurde am 27. Mai 1 Uhr 55 Minuten Nachmittags gegeben. Nachdem die japanischen Schiffsdivisionen das Manöver begonnen hatten, eröffneten die Russen um 2 Uhr 8 Minuten das Feuer. Die Japaner erwiderten erst, als sie auf 6000 Yards an die russische Flotte herangekommen waren. Dann konzentrierten sie ihr Feuer auf die beiden führenden russischen Schiffe mit solchem Erfolge, daß die Schlacht um 2 Uhr 45 Minuten Nachmittags entschieden war.

Julii.

Eine Hofgeschichte von Friedrich Spielhagen.

38] Sein Herzog! Aber doch des Grafen nicht, der eben so grauenhaft beleidigt war, wie er, und dessen geschändete Ehre er rächen mußte, wenn er die seine nicht rächen durfte!

Ja, Rache! Rache! wie man sie eben fand, wie man sie eben haben konnte, wenn nicht, im ehrlichen Zweikampfe, der hier durch einen Zufall ausgeschlossen war und den die Gesetze verbieten, so denn nach einem Siege, das die ewige Natur sanktioniert und das da lautete: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Um mein Leben, das, so wie ja, dem Tode verfallen ist, obgleich ich schuldlos bin, dein schuldiges Leben!

An dies Gesetz hatten früher und später Menschen appelliert, denen die geschriebenen Satzungen ihr Recht vorzuziehen: früher und später hatten selbst Kaiser und Kaiserthron erfahren müssen, daß auch sie nicht ungestraft die Dämonen weiden durften, welche, wie tief immer, unter den darüber gebreiteten Schichten der Zivilisation und Sitte in der Nacht der Menschenbrust wesen. — wesenmächtig haufen.

Rain und Abel! Kein und tausendmal nein! Abel war schuldlos, hatte Rain nie beleidigt! Seine Schuld lebte nirgends, als in Rains finsterner, neidischer Seele! Und dieser hatte ihm sein Feuergeheim geraubt, ihn ehelos gemacht vor den Menschen, mit seinem Gotte selbst entzweit.

Und doch wieder Rain und Abel! Sie waren ja gewesen wie Brüder; er hatte ihn so sehr geliebt, den schönen, schlanken Jüngling mit der hinreißenden Anmut, der überprudenten Laune, der vornehmen Stolzhaftigkeit! Sollte ihn geliebt, jaß wie ein älterer Bruder den jüngeren. Körperlich und geistlich reich begabter, neidlos liebt, bis in seine offenbaren Schwächen hinein, die er ihm kaum abgewöhnen möchte, weil sie so grazios sind!

Die Erinnerung daran sollte ihm nicht die Hand lähmen, wenn er sie aufhob zum tödlichen Streiche? Und ein andres noch.

Wie er es sich auch vorstellte — es konnte doch kein Teufelschuh aus dem Hinterhalte sein; keine Schlinge, dem ahnungslosen Opfer über den Hals geworfen; kein Stoß mit plötzlicher geschäftem Dolch. Und wär's mit den Waffen, welche die Natur dem Menschen gab; Nag in Nag mußte es geschehen — er mußte um sein verzwicktes Leben kämpfen können.

Dennoch kein ehrlicher Kampf. Das ist feiner, in dem die Chancen von vornherein wie drei

zu eins stehen, der Ausgang gar nicht zweifelhaft sein kann, weil der eine Gegner dem andern an Körperkraft dreifach überlegen ist.

Also auch hier die Rache abgeschritten, kein Ausweg aus diesem Trefal als der eigene selbstgewählte Tod.

Er ist nicht so leicht zu haben, wenn kein leiserer Verdacht des Selbstmordes auf den Toten fallen darf. Man verwundert sich, wenn ein notorisch ausgezeichneter Reiter, renommierter Jäger so kopflos das Pferd führt, so unvorsichtig die Büchse handhabt, daß es ihm das Leben kostet; man wagt nicht blindlings in ein Loch zu rennen, das die Fische in das Eis des großen Ostsees gebauert haben — die Leute stehen herum und schütteln verwundert die Köpfe: Wie ist das möglich gewesen? Das kann nicht mit richtigen Dingen ausgegangen sein!

Und die Sache war auch schon zu weit herum: Brenden mußte davon, die Reiner, der junge Gärtner, der Diener, der auf den Arm im Salon herbeigelaufen kam, und mit ihm die ganze Dienerschaft in der Villa. Wer möchte nicht noch davon wissen, der, wenn er starb, die Achseln zucken und sagen würde: Der arme Tropf! Es blieb ihm ja nichts andres übrig!

Je mehr der Unglückliche sich bestrebt, abmüht, qualvoll rang, nicht in dies Chaos zu bringen, desto dunkler wurde es um ihn, wie um den Schwimmer, der nach oben strebt, während er doch rettungslos in die wirrpurte Tiefe sinkt.

Dann konnte es wieder geschehen, daß er Nachts erwachte in völliger Vergessenheit des Geschehenen, ganz in dem Raum des ungetrübten Glücks von einst, und die Hand ausstreckte, ob es ihm gelänge, die geliebte Hand zu fassen, ein wenig nur ihres leidenden Fingers zu berühren, das sich zu ihm herüber verirrte hatte, um jäh aus dem holden Traum emporzuschrecken und, die Hände in die Augen drückend, in der Stille um ihn her leise zu weinen und zu schluchzen wie ein verlassenes Kind.

Einmal, nur einmal noch sie in seinen Armen zu halten und dann sterben!

Nachdem er vorher sie getötet!

Und so für sein Teil die Katastrophe in dem Romane der affaire Olmonceau (Sittenbild von Alexander Dumas) nachgedacht hatte, dem widerlichen, von dem raffiniertesten Winkel gemalten Schandbild der Wollust, die mit der Grausamkeit die gräßliche Ehe eingeht; dem Produkt der Plutokratie einer bis in das innerste Mark angekreuzten Hyperkultur, von dem es ihm stets ein unübersehbares Rätsel gewesen war, wie man es aus dem Buch noch hätte auf die Bühne setzen mögen, um die nackte Gemeinheit im Lichte der Lampen spazieren zu führen, vor einem Publikum, für das, wenn es dies kontierte, die elendeste Karikatur der Poesie gerade gut genug war.

War, was auch geschah — sie durfte, sie wollte er nicht wiedersehen. Und sein Kind?

Seine großen blauen Unschuldsgaugen würden ihn an die ihren erinnern haben. Das durfte nicht sein; das möchte ihn in seinen Entschlüssen wankend machen. Es sterben ja auch andere Kindern ihre Mütter früh; und daß dies bei der Mutter nicht verderbe, dafür würde sie schon selber sorgen. Sie würde es sobald als möglich dem Großvater bringen; der möchte dann sehen, wie er mit ihm fertig wurde. Es war das schlechteste Los nicht, das es treffen konnte. Und wenn seine Mutter auch eine herzlose Dirne ist, ein weibliches Herz, das sich feiner in Liebe erbarnt. Ist Gott ein so armes verwaistes Geschöpf doch immer wohl! Amen.

Die Woche, welche Nikolai bei dem Schwiegervater hatte verbringen wollen, war vergangen, ohne daß er einem festen Entschlusse um ein Paarbreit näher gekommen wäre, als in der Stunde, nachdem er die entsehlliche Entdeckung gemacht hatte.

Da brachte ihm ein expresser Bote aus dem benachbarten Städtchen das Telegramm des Herzogs, am folgenden Tage den ins Telegramm versprochenen Brief:

„Mein lieber Nikolai!“

„Ich kann wirklich nicht dastat, daß der elektrische Draht noch immer keine Briefe befördert; sonst würdest Du diesen bereits seit achtzehn Stunden in Händen haben, anstatt Dich ebenso lange mit einer blauen Depesche beschäftigen zu müssen, wie sie freilich für meine persönlichen Belieben und Lieben in Nord und Süd, West und Ost tausendmal gut war. Bin ich doch gewohnt mit Dir, meinem ältesten, meinem einzigen wahrhaften Freunde, so Freund wie Leid zu teilen — das letztere mit Schmerzen, das erstere von Herzen, und Du weißt, daß mir keine größere Freude werden konnte, als die Geburt eines Erbinzogen, der, wenn Gott ihn aus dem Leben erhält, sollte mit meine Frau auch weiter keine Kinder schenken, meine Nachfolge sicher und mit den Kummer erspart, das Erb der meine Väter an eine Seitenlinie übergeben zu sehen, die ich mir die Freiheit nehme, für sehr viel minderwertiger zu halten.“

„Nest können wir auch mit freierem Mut die Schulter ans Maß stemmen, um den Staatsstarren — Rader“ nannte ihn des hohen königlichen Königs von Preußen Majestät — aus dem — wie erlaube mir das Wort — Dred an ziehen, in dem ich meine Leben getrennt Landstände so geschicklich festgefahre haben.“

„Aber, mein lieber alter Freund, wirst Du es noch wollen? Wird Polabes noch zu seinem Dred stehen wollen, das Bild der Göttin aus den Wäldern der Barbaren in das sonnige Land der Griechen zu retten?“

„Du weißt, Nikolai, ich habe mir von Anfang an zum Prinzip gemacht, von dem, was an meinem Hofe was mich herum geschleht, nichts zu sehen und zu hören, als was ich unbedingt sehen und hören muß. Nur so ist es möglich, sich den Gleichmut der Seele zu bewahren, dem Herz — oder ist es Proserpa? — als der lastbarsten Besitz des Lebens preis, und ohne den ein Fürst schon gar nicht auskommen kann.“ (Fortsetzung folgt.)

In der Schilderung der Ereignisse vom 28. Mai sagt Togo, seine Schiffschiffe, Kamimuras Panzerkreuzer, Uruu Schiffschiffe und diejenige des jüngeren Togos hätten Rebogators Geschwader völlig umzingelt und einen Widerstand nutzlos gemacht. Togo gestattete dann, nachdem sich Rebogator ergeben hatte, diesem und seinen Offizieren, die Säbel zu behalten.

Ein deutsches Schiff vernichtet.

Nach einem bei der Flensburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft von 1869 eingegangenen Telegramm ist der eiserne Schraubendampfer „Tatar“ 1812 Registrations groß, am 30. Mai von dem russischen Hilfskreuzer „Don“ auf der Reise von Japan nach Nankin in der nordchinesischen See in Grund gebohrt worden. Die Mannschaft ist gerettet und gestern in Peking gelandet. Das Schiff hatte, wie die Gesellschaft dazu erklärt, keine Kriegspontons an Bord, sondern war mit Holz und Schwellen beladen und nach einem neutralen chinesischen Hafen bestimmt. (Australien behandelt die Deutschen nach wie vor als canailles)

Mandschurei.

Telegramme aus der Mandschurei melden die Dauer des Kampfes. Die Japaner entwickelten eine Bewegung im Osten und Westen der Eisenbahn mit gleichzeitiger Pflanzenoperation unweit der mongolischen und koreanischen Grenze, während Linientisch einen Vorstoß längs der Straße nach Tschangtsju bewerkstelligt, von wo er die Einnahme mehrerer Stellungen meldet.

Politische Hebersicht.

Die höchste Brutalität. Ein brasilisches Zeugnis des schamlosen Dünkels und Egoismus gewisser Kreise der besitzenden Klasse bietet ein Brief, den der Landtagsabgeordnete von Heidelberg und der Casa aus Halle a. S. empfing. Die extrem reaktionäre Anschauung des konservativen Führers zum Vergleich eiterlich hat den Erfolg einer schönen konservativen Seele ausgelöst und der Journalismus konservativer Blätter schert vor der Öffentlichkeit nicht zurück. Der Brief lautet in der gekürzten Wiedergabe, die wir im „Das Reich“ finden, also:

Schreibweise Herr!

Tausende von Besessenen danken der konservativen Partei für die fromme Haltung in beiden Häusern des Landtages. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß der Regierung nach ihren Freunden, den Sozialdemokraten et cetera, ein „Quos ego“ (Ich will Euch) anrufen wird. Sollen wir uns vollends ausziehen und uns des Restes unseres Vermögens durch die unerfütterliche soziale Gesetzgebung berauben lassen? Was hilft es, wenn wir unser Vermögen, unsere Erbschaft verlieren haben, die Revolution niederschlagen wird? Und dabei hat man acht Millionen ungeübte Soldaten und nicht fortwährend vor Hebel, das ist das zweite Wort des Herrn Reichstags, zu tun. In diesem Menschen mit der sozialen Degeneration blüht die Regierung wie hypnotisiert auf, an einem Hochverrat, der die Autorität des Reiches im Reichstage durch seine Verbrechen untergründet und die Nation, bevor der Kaiser die Krone trägt, mit einem Degen von Galle überdeckt hat. Und der Herr Reichstagspräsident von Autorität, die ja gar nicht mehr vorhanden ist, man hat sie eben achseln verschleudert. Man will zu allem Gewissen haben, nachdem man die Besessenen bereits zu Soldaten der Sozialdemokratie durch die gesamte Gesetzgebung erniedrigt und diesen Menschen zwecklos ungezählte Millionen an den Hals geworfen hat. In Berlin heiraten nach der „Kreuzzeitung“ Nr. 249 3 Heiraten in diesen Kreisen die Mehrheit nur, um nach vier Wochen wieder auseinanderzulassen, um der meist vorhandenen Familie Armenunterstützung zu teil werden zu lassen. Hier ist schon, eine Folge der sozialdemokratischen Lehren, jedes Pflicht- und Ehrgefühl verloren. Die christlichen Arbeiterverbände sind nicht ein Wort besser als die anderen und aus taktischen Gründen nur so lange gewillig, als für sie noch etwas abfällt.

Das „Reich“ sagt dazu: „Wir ist es nur möglich, daß ein solches Schreiben, das die Sozialdemokratie ohne jeden Anlaß als Verleumdung darstellt, verbreiten kann, von konservativen Blättern des Abends gemühdigt wird? Doch wohl nur, um es einem abscheulichen Beispiel zu beweisen, welche überhitzten Briefe ein Herold der Besessenen schreiben kann.“

Ach, keineswegs! Im Gegenteil! Die „Konf. Korresp.“, das offizielle Organ der konservativen Partei legt Bewahrung ein, daß der Brief ihrer Partei an die Reichstagsgehänge werde, die Partei wolle sich auch nicht „mit allen einzelnen Ausführungen des Briefstellers“ im Streit erkläre, aber im wesentlichen verteidigt die „Konf. Korresp.“ ausdrücklich die ungeheuerlich gemeinen Behauptungen des Briefes. Sie hielt in der Veröffentlichung des Briefes durchaus nicht die Absicht, „an einem abscheulichen Beispiel zu beweisen, welche überhitzten Briefe ein Herold der Besessenen schreiben kann.“ Vielmehr sagt sie:

„Der Brief ist lediglich als Stimmenträger als gewöhnlichen Streit interessanter, weil man daraus ersehen kann, wie heftig viele der Umstänze erweisen, daß die Sozialdemokratie sich unserer demokratischen Sozialpolitik zu ihren Parteizwecken zu bemächtigen beginnt, und wie ablehnend gewisse Kreise der Bevölkerung dem Gedanken einer Reichs-Erbkassisten entgegenstehen.“

Diese Verteidigung des Briefes durch das offizielle Organ der konservativen Partei veranlaßt vollends das briefliche Selbstzeugnis konservativer Robeit!

Die Krüppelsteuer kommt!

Der Berliner Lokal-Anzeiger meldet, daß in dem Programm des Staatssekretärs Freiherrn v. Stengel zur Reichsfinanzreform auch eine Behrsteuer vorgesehene sei. — Nachdem das große Mittel einer durchgreifenden Erbschaftsbesteuerung dem Reichsschatzsekretär von den preussischen Junkern aus der Hand genommen worden ist, muß er sich gezwungen nach kleinen Mitteln umsehen, um das große Loch in der Reichskasse zu stopfen. Nur in der höchsten Verengung kann ein einigermaßen verständiger Finanzmann, als welcher Herr von Stengel allgemein gilt, auf das längst abgetane Projekt der Reichswehrtsteuer, diese alte Kriegervereins-Utopie, zurückgreifen.

Der Wehrsteuer liegt der Gedanke zu Grunde, daß diejenigen jungen Leute, die nicht zum Militärdienst eingezogen werden, in anderer Weise zur Tragung der Reichslasten, die hoch hauptsächlich Militärlasten sind, herangezogen werden sollen. Es handelt sich also meist um körperlich schwache

Leute, die durch Schwäche oder gar Gebrechen schon vielfach in ihrer Erwerbsarbeit beeinträchtigt werden. Die Wehrsteuer bezweckt sich also im Durchschnitte Frey-Wirkung als eine Steuer auf verminderte Leistungsfähigkeit.

Dazu kommt, daß eine gerechte Durchführung dieser schon an und für sich ungerechten Steuer zu den Unmöglichkeiten zählt. Das sonst vernünftige Prinzip, die Steuer nach der Höhe des Einkommens zu bemessen, wird, sobald es ausschließlich auf Leute im militärfähigen Alter angewendet wird, zum vollständigen Unförm. Der Millionärsohn, der im Auto in der Welt herumfährt, hat überhaupt kein Einkommen, während der junge Arbeiter Einkommen hat, also wehrsteuerpflichtig ist! Wollte man einigermaßen Vernunft in die Sache bringen, so müßte man zu einem höchst komplizierten System greifen, das in bestimmten Fällen die Steuerhöhe nach der Leistungsfähigkeit des Vaters, in anderen nach der des Vaters selbst bemißt.

Während man im Auslande mit der Erbschaftsteuer die allergläubigsten Erfahrungen gemacht hat, hat die Behrsteuer in allen Ländern, in denen sie besteht — Oesterreich, Frankreich, Schweiz — die schlimmsten Resultate ergeben. Sie wird als drückende Last empfunden, verursacht dank der Wehrlosigkeit der jungen Elemente, die sie erfährt, unverhältnismäßig hohe Erziehungskosten und bringt minimale Erträge, in Frankreich 8—4 Millionen Fr., in Oesterreich etwa ebenfalls Millionen Kronen. Die „Krüppelsteuer“ — so hat der österreichische Volksmund diese belagerte Steuer genannt — besteht in anderen Ländern nur, weil sie einmal eingeführt ist, und kein Finanzminister bestehende Steuern gerne abschafft. Daß nun Deutschland die steuerpolitischen Dummheiten fremder Länder zwanzig Jahre später nachmachen soll, paßt vortrefflich zu dem Spruche des Reichstagslers: „Deutschland in der Welt voran!“

Der Versuch, im Reiche eine Wehrsteuer einzuführen, ist schon einmal — im Jahre 1881 — gescheitert. Sein Nachfolger verdient kein besseres Schicksal.

Wo wohnt die Sittlichkeit?

Im Jahre 1898 wurden bestraft auf je 10,000 Personen der strafmündigen Bevölkerung wegen

	Schwerer Körperverletzung	Meineid
im roten Sachsen	72,4	1,5
im braunen Bayern	195,6	4,2
im roten Berlin	126,8	2,7
im braunen Posen	232,3	6,2

Wenn weiter nichts, so beweisen diese Ziffern jedenfalls zweifellos, daß religiöser Drill mit Gewalttätigkeit und lazer Sittlichkeit sehr gut vereinbar können.

Woher kommt das Interesse der Besessenen an der Monarchie?

Auf diese Frage gibt der Oberbürgermeister Dr. Dertel in Jüttau in einer Ansprache an den König Friedrich August bei dessen Besuch der Lausitz eine ungewöhnliche Antwort. „Die Bürgerschaft weiß, daß sie bei allen sozialen Kämpfen und Kriegen, denen sie ausgesetzt ist, in einem kraftvollen Träger der Krone ihre letzte Stütze (B) und ihren sichersten Hort (C) findet. Unter eigenem Interesse (D) müßte uns dazu bestimmen, fest und treu zu ihm (E) zu stehen, wenn uns nicht schon Ehre und Pflicht und unter Ders dazu drängte. Wir bitten daher (F) unsere Substanz gnädigst entgegenzunehmen usw.“ Das ist die monarchische Gesinnung im bengalischen Lichte monarchischer Selbstcharakteristik!

Den wahren Grund, warum die Hamburger Prohen den berechtigten Wahlrechtsraub verüben wollen, hat endlich ein Dr. Müller vorigen Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung im Bezirk Hammerbrook eingestanden.

Die Vertretung der Sozialdemokratie müsse eingeschränkt werden, obwohl eine sozialdemokratische Mehrheit im Vertretungskörper nicht zu befürchten sei. Auch eine sozialdemokratische Minderheit ist gefährlich wegen des großen Einflusses, den ihre Mitglieder durch Intelligenz und Tatkraft ausüben. Als die Intelligenz und Tatkraft der Sozialdemokraten fürchtet dieser Herr mit dem Doktorhut und seine Mitwahlrechtsraubritter! Alles andere ist Vorwand. Wie spottet Glassbrenner: „Den verdammten Feil, den Geist, Mühen wir doch kriegen, daß dem Demagogen nicht der noch unterliegen!“

Eine heitere Reminiscenz gab im sozialdemokratischen Volksverein zu Solingen der Genosse Schümacher zum besten.

Reminiscenz lebte in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Köln ein Demokrat, der rote Becker genannt. Dieser Becker entwickelte sich nun unter der Bismarckschen Aera von einem demokratischen Thronhürter zu einem maßgebenden Königsstreuer. Er wurde Abgeordneter, Bürgermeister in Vorimund und später Oberbürgermeister von Köln. In die Zeit seiner „demagogischen“ Tätigkeit fällt nun eine Bekanntmachung, die vom Landrat des Kreises Solingen erlassen wurde und die sich mit dem roten Becker beschäftigte. Der Herr Landrat unternahm es, seine Getreuen in folgender Weise vor dem schlimmen Revolutionärer Becker zu warnen:

„Verzähnung an das Bürgermeisterei Solingen! Der Dr. Becker ist der demokratischen Grundgedanken in ihrer verächtlichsten Richtung ergeben. Er ist besonders daran leicht fruchtlich, daß er Brandredes harret, wie es selten vorkommt, dabei sind seine Augen rot umflutet. Er ist groß, von fester Gestalt, stark und außerordentlich kräftig. Er soll mitunter in die hiesige Gegend kommen und sogar aufreizende Reden halten.“

Wer weiß, wie viel ähnliche Charakterisierungen von schlimmen Revolutionären in den Aktenbüchern der Behörden ruhen!

Sozialdemokratische Siege.

Bei der Landtags-Erfolgswahl in Solingen (Württemberg) regte Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gegen den Kandidaten der vereinigten Konservativen, Demokraten und Nationalliberalen, der 2931 Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung war eine sehr große und erreichte 80 Prozent. Zu dem glänzenden Siege in Pforzheim, von dem wir bereits berichteten, schreiben unsere badischen Parteiblätter:

„Glänzend gestieg hat die Sozialdemokratische Partei bei den Stadtverordnetenwahlen. Auf unsere Kandidaten entfielen 2007, auf die Kandidaten der Gegner nur 1010 Stimmen. Die ganze 2. Wahlklasse mit 32 Stadtverordneten gehört wiederum der Sozialdemokratie. Noch in den letzten Tagen haben die Gegner gewaltige Anstrengungen gemacht. Drei verschiedene Wahlvorschläge wurden von ihnen ausgegeben, um die Wähler in Verwirrung zu bringen. Die Mühe war umsonst. Es erhielten Stimmen: die Nationalliberalen 555, der Meierverein 284 und ein Brühlinger Zettel 171. Der gute Wahlausfall ist für unsere Partei genossen recht ermutigend für die Landtagswahlen.“ Solche Nachrichten wirken in unseren Tagen doppelt erfreulich.

Von der württembergischen Verfassungsrevision.

Die Regierung schlägt in der Vorlage zur Verfassungsrevision einen Entwurf, der aus der zweiten Kammer ausstehenden 23 Abgeordneten, die zum Teil in die erste Kammer übergehen, nicht vor, dagegen wird die Vertretung der mit Mannheim vereinigten Stadt Stuttgart auf 6 Abgeordnete vermindert werden. Demnach wird die Zahl der Abgeordneten der zweiten Kammer in Zukunft 75 statt wie bisher 93 Abgeordnete betragen. Die sechs Abgeordneten Stuttgart werden im Wege der Proportionalwahl berufen werden. Eine materielle Änderung des Budgetrechts der zweiten Kammer wird in der Vorlage nicht vorgeschlagen.

In Deutsch-Südwestafrika sind, nach einem Telegramm aus Windhoek an Lypbush gestorben: 1. Meier August Seidel, geb. am 21. 7. 84 zu Koblitz am 8. Juni im Lazarett Kallontein; 2. Meier Gustav Poyda, geb. am 17. 8. 83 zu Kallontein am 12. Juni im Lazarett Reilmannshoop.

Sächsische Polizeifindigkeit. Das Gewerkschaftskartell zu Weidau ist auf ein wiederholtes Gesuch um Genehmigung eines Festzuges zum Gewerkschaftsfeste von der Polizei angefordert worden, — ein namenhaftes Verzeichnis der Teilnehmer am Festzuge einzureichen. — Nachhins verlangt die Polizei auch noch die Angabe des Wetters, das die Festteilnehmer fest bestellt haben.

Ob Entschädigungen für Schöffen zu bewilligen sind, ist eine in letzter Zeit vielfach aufgeworfene Frage. In ihr nimmt jetzt in der „Deutschen Justizzeitung“ Justizrat Dr. Strauß Stellung, indem er schreibt:

Bei den Beratungen ist im Reichstage der Gedanke von Tagelohn für die Schöffen und Schwurgerichte angeregt worden. Zu der Tat eine wichtige Frage, über die kürzlich auch der württembergische Landtag verhandelt hat. Soweit Nachrichten in die Öffentlichkeit gelangt sind, scheint die Kommission zur Vorbereitung der Strafprozedur in ihr nicht Stellung genommen zu haben. Die Gewährung eines Tagelohns ist eine Notwendigkeit. Schöffen und Geschworene werden nicht nur aus dem oberen Rekrutensatz gewählt. Je unansehnlicher ihre Lage, je weitere Volksteile zu diesem Dienste herangezogen werden, um so größerer Gewinn. Und die geplante Umwandlung der Strafkammern in große Schöffengerichte wird eine neue starke Belastung der Laien zur Folge haben. Soll auf die erforderliche Mitwirkung aller Volksschichten, auf ihre freudige Mitarbeit gerechnet werden, dann stelle man an ihren Opfermut, wenn er sich bisher auch ohne Ditten bewährt hat, nicht allzu hohe Forderungen. Durch Tagelohn wird der ehrenamtliche Charakter durchaus nicht beeinträchtigt. Sind sie doch kein Gehalt, kein Sold für die richterliche Tätigkeit, sondern eine Entschädigung für den notwendigen Aufwand. Die ehrenamtliche Betätigung, auf die auch wir den größten Wert legen, leidet daher unter der Gewährung von Tagelohnen nicht.

Wie die Anarchisten durch die Polizei an großer Wichtigkeit erlangen werden, das schildert die „Schles. Bl.“ wie folgt: Die anarchische Föderation wollte ursprünglich in Weimar am ersten Pfingstfesttage ihre diesjährige Zusammenkunft abhalten, es ergab aber ein polizeiliches Verbot. Dann wurden die Teilnehmer in das ebenfalls nahe bei Jena, aber nicht zu Sachsen-Weimar, sondern zu Sachsen-Weimungen abwärts bekannte Bierdorf Pflanzheim bestellt. Im letzten Augenblick traf aber auch hier ein polizeiliches Verbot ein und die 26 Anarchisten, um mehr handelte es sich nicht, zogen nun nach dem Forst bei Coppans, einem weimarischen Ortchen bei Jena und tagten unter freiem Himmel. Nach der „Jen. Volksztg.“ soll das Ergebnis der Besprechung dem großherzoglichen Bezirksdirektor zugestellt und gegen das Verbot der Versammlung, die angeblich einen durchaus öffentlichen Charakter tragen sollte, Beschwerde erhoben werden. Am zweiten Feiertag Angebot von Gendarmen in Fuß und zu Pferd aus Weimar nach Weimungen war in Pflanzheim erschienen. — Auf jeden Anarchisten kamen wohl vier Schutzeile?

„Schles. Volksztg.“ aus Sosnowice telegraphiert: Am 15. Juni nach Schichtschluß traten die Arbeiter der Pulschmuckwerke, der Katharinahütte und von Figner und Camper wieder in den Ausstand. Die Streikenden revolutionierten und zogen vor die Bureau von Pulschmuck. Einen Schichtmeister holten sie heraus und mißhandelten ihn mit Schrauben schwer. Kosaken durchziehen die Straßen, da weitere Unruhen befürchtet werden. Heute sind die drei großen Werke geschlossen.

Anstand.

Über den Arbeiter-Ausstand in Rußland wird der „Schles. Volksztg.“ aus Sosnowice telegraphiert: Am 15. Juni nach Schichtschluß traten die Arbeiter der Pulschmuckwerke, der Katharinahütte und von Figner und Camper wieder in den Ausstand. Die Streikenden revolutionierten und zogen vor die Bureau von Pulschmuck. Einen Schichtmeister holten sie heraus und mißhandelten ihn mit Schrauben schwer. Kosaken durchziehen die Straßen, da weitere Unruhen befürchtet werden. Heute sind die drei großen Werke geschlossen.

Zu Rabauzonen kam es gleich am Mittwoch im Kreisreichlichen Abgeordnetenhaus, das nach einmonatiger Unterbrechung wieder zusammengetreten war. Nachdem eine Anzahl Interpellationen beantwortet war, wurde mit der ersten Lesung der Kongressvorlagen begonnen, in denen eine Erhöhung der Gehälter für geistliche Funktionen vorgelesen ist. Graf Sternberg nahm sich der Sache warm an und führte aus, die Religion werde allzeit ein Bedürfnis der Menschen sein. Als Zwischenruf laut wurde, forderte er die Unterbrechenden auf, im Biersthaus über in den Stall zu gehen. Dann sprach er des jüngeren über die Unsterblichkeit der Seele, über die Liebe als dem höchsten Glück des Menschen, auf die der Priester verzichten müsse. Das ganze Haus lachte ihm aus. Schumier (Eos.) polemisierte gegen Sternberg, der ihn einen gebildeten Hansknicht genannt, und meinte, ein solcher mache dem Parlament mehr Ehre, als ein verlotterter Graf. Dafür wurde er zur Ordnung gerufen, er sagte aber noch daß Sternberg in gewissen Nachsicht den Reichsrat Schande mache. Sternberg: „Solches Ehrengeplänkel ist mir noch nicht angetan worden. Alle Lumpen ohne Ausnahme sind gegen mich!“ Schumier: „In einem sozialen Staate würden Sie ins Irrenhaus oder ins Asyl für Säuer kommen!“ Sternberg: „Pulschmuckwerker, Verneinlicher, ein dreifacher Verleumder und Dieb!“ Schumier: „Voller ein ehrlicher Pulschmuckwerker, als ein verkommenes Subjekt.“ Redner tritt Johann für die Trennung der Kirche vom Staate ein. Die Kirche sei reich genug. Nach ihrer eigenen Angabe beläge sie in Oesterreich 813 Millionen Kronen. „Das Versteck der Kirche ist das beste, das es heute überhaupt gibt. Man sagt, die Sozialdemokraten reden nur immer vom Reichum der Kirche, aber nie von dem Reichthum der Kirche.“ Die Diener von Reichthum sind aber zu uns noch nicht betreten gekommen. Die soziale Revolution wird, wenn sie einmal kommt, selbstverständlich auch vor dem Reichthum der Kirche nicht Halt machen.“ Der Kultusminister von Jüttau empfand, wie aus Wien weiter telegraphiert wird, die Verlesung der Vorlesung an einen Ausbruch, und betont, daß sämtliche Redner mit der Behauptung in der Ansicht übereinstimmen, daß die materielle Lage der niederen Klassen verbesserungsbedürftig ist, daß aber staatliche Zuschüsse unmöglich abgehoben werden können. Der Regierung sei so weit gegangen, wie es innerhalb der durch die Lage der Staatsfinanzen gezogenen Schranken möglich gewesen sei.

Der Anschlag auf den spanischen König. Aus Paris. 14. Juni, wird gemeldet: Der hier am 20. Mai verhaftete Anarchist Salva erlitt, im Ansehn seiner Verhaftung habe er nicht gemerkt, dass ein Anschlag verübt werden würde, er sei aber entschlossen gewesen, alles auf sich zu nehmen, um seine Kameraden zu entlasten und allein die Verantwortung zu tragen. Salva erklärte weiter, er habe die Bomben aus Spanien kommen lassen, welche sich aber den Anführer zu nennen. Die Bomben sollten nicht in Paris, sondern in San Sebastian bei der Märsche des Königs zur Verwendung kommen. Salva sagte weiter aus, die Zusammenführung der Fällung der Bomben sei nicht von Garvey angegeben worden, Garvey sei ein Gelehrter, verstehe aber nichts von Ballistik. Der in der Nacht der Mord verübte Anschlag sei nicht verabredet gewesen. Was den Pseudo-Ferraz dazu bewogen habe, die Bomben in dem Gehäus von Bizotay anzusetzen, sei die Befürchtung gewesen, daß seine am 24. Mai verhafteten Kameraden an Spanien ausgeliefert werden könnten.

Im schwedischen Ministerrat am Dienstag soll, wie dem „Från. R.“ aus Stockholm gemeldet wird, beschlossen worden sein, die gesetzliche Auflösung des Unions dem am 20. d. M. zusammengetretenen Reichstage vorzuschlagen. Für den Antrag habe auch der Kriegsminister gestimmt.

Auf das Glückwunschkommunium des kommandierenden Admirals aulänglich der Hochzeit des deutschen Kronprinzen hat Kaiser Wilhelm II. folgendes Antwortschreiben geschickt: Ich habe Ihre Glückwünsche zur Hochzeit des Kronprinzen mit Freude entgegen genommen und spreche Ihnen mit dem Offizierskorps der königlich norwegischen Marine meinen besten Dank dafür aus. — Inzwischen ist sie schon nicht mehr „königlich“.

Das Verteidigungsdepartement teilt amtlich mit, daß alle Geschütze über eine Mobilisierung des Heeres und der Flotte Norwegens jeder Begründung entbehren.

Was der „Verfassung“ bringt. Ueber die Anbahnung von überflüssigen Materialien in den militärischen Lagern in Schweden am Schluß des Krieges wurde seiner Zeit in England schwere Anschuldigungen erhoben worden. Die zu ihrer Untersuchung von dem Kammerrat eingesetzte Kommission hat einen Bericht erstattet, der heute veröffentlicht wurde. Darin wird eine große Anzahl von Unregelmäßigkeiten festgestellt, durch die das Land schwer geschädigt wurde. Zum Beispiel zog ein Unternehmer aus dem Verkauf von Gebrauchsgegenständen für die Truppen an das Heeresverpflegungsdepartement zu hohen Preisen einen Nutzen von 3000 Pfund Sterling täglich, und demnach wurden die Warenlieferanten in Schweden gerade an ihm durch das mit dem Verkauf betraute Departement zu äußerst niedrigen Preisen verkauft. Sechs Offiziere waren in Zusammenhang mit der Angelegenheit schon vor Veröffentlichung des Berichts vom Dienst suspendiert worden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 16. Juni.

Aus unserem Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung wurde fast ganz ausgefüllt mit einer langen Debatte über die Frage, ob für die höheren und mittleren Schulen zunächst probeweise Schulärzte angestellt werden sollen. Es wurden zwingende Gründe für die Einrichtung vorgebracht. Die Ärzte Dr. Reich, Dr. Tiege, Dr. Debede und Professor Doktor Fraenkel wiesen vom ärztlichen Standpunkte aus die Notwendigkeit nach, der Ober-Bürgermeister Dr. Bender und Justizrat Feige schlossen sich ihren Gründen an. Die Konservativen hüllten sich in Schweigen. Dagegen blieb es liberalen Fortschrittler vorbehalten, gegen diese Kulturforderung sich ins Zeug zu legen. Es war der freisinnige Schul-Direktor Dr. Richter und der Sanitätsrat Dr. Voepzig. Von letzterem sagte Stadtrat Fraenkel, daß er sich die ablehnende Stellung des Herrn Voepzig nur erklären könne im Hinblick auf dessen Tätigkeit als Führer in der Arbeiterbewegung. Er wolle seinen ärztlichen Kollegen keine Konkurrenz machen lassen. Schließlich wurde wider Erwarten die Vorlage angenommen.

Bei Beratung des Antrages auf Bewilligung einer Festvorstellung für den Deutschen Apotheker-Verein macht Genosse Löbe in wirkungsvoller Weise auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß man für notleidende Bergarbeiter keine Gelder übrig hat, wohl aber für die schwerreichen Apotheker, die dank ihrer Privilegien auf Kosten der Kranken ihre Güter aufspeichern. Selbstredend wurde diese Stimme nicht gehört und mit Pauken und Trompeten stimmten sämtliche Stadtverordnete für Bewilligung der Festlichkeit.

Aus den weiteren Vorlagen ist ein Dringlichkeitsantrag zu erwähnen, welcher die Errichtung einer fabrikschen Milchkuhe fordert. Es soll durch sie gute Säuglingsmilch gegen mäßige Preise abgegeben werden und zwar auf ärztliche Verordnung. Die Verteilung der Milch soll durch Apotheken erfolgen. Die Vorlage wurde zunächst einem Ausschuß überwiesen, der die Kostenveranschlagung prüfen soll. Im Prinzip war man mit der Errichtung einverstanden.

Die übrigen Vorlagen entbehren mehr oder weniger des weiteren Interesses.

Vom evangelischen Arbeiter-Kongress.

Die gestrige Delegierten-Sitzung begann mit einem feierlichen Aktus. Es galt eine wirkliche Erzelenz, nämlich den Oberpräsidenten zu begrüßen, und Herr Weber tat das mit dem ganzen Feuer, das ihm eignet. Wir erinnern uns kaum, jemals das Wort Erzelenz so oft gehört zu haben, wie an diesem Vormittag. Und Graf Zebitz weiß die Begrüßung evangelischer „Arbeiter“-Vertreter zu würdigen. Er hielt eine längere Ansprache, an deren Schluß er auf forderte „allezeit ireu bereit zu des Reiches Herrlichkeit“ zu sein. Wie man als „Arbeiter“-Vertreter es der Erzelenz schuldig ist, strahlte man vor Stolz, daß die Sonne königlich-preussischer behördlicher Huld den Arbeiter-Kongress beleuchtete. Der „Arbeiter“-Präsident, Lic. Weber, wand sich in Ergebenheit und sprach zum so und so vielen Male den herzlichsten und tiefgefühltesten Dank dafür aus, daß Erzelenz der Sache der evangelischen Arbeiter-Vereine ein solches Interesse entgegenbringe.

Nun sollten noch mehr Begrüßungen erfolgen, aber die meisten eingeladenen Behörden hatten abgelehnt zu kommen. Wozu auch — die Wünsche der Garmoiens sind ihnen ja bekannt. Im Anschluß an das ablehnende Schreiben des Reichsmarineamtes brach Herr Lic. Weber in Entzückung für die

deutsche Flotte aus. „Wir (I) sind allezeit bereit, für die deutsche Flotte einzutreten!“ Das war eine programmatische Erklärung am ganz falschen Orte und keiner konnte sich vorstellen, wer zu den „Wir“ gehören solle. Die wirklichen Arbeiter im Evangelischen Arbeiter-Verein werden doch nach solchen Doppeltungen gar nicht gefragt.

Nachdem also der Bescheid über die ablehnenden Schreiben der Einzeladrenen zur Kenntnis gebracht, begrüßte er den Stadtrat Trentin als Vertreter des Magistrats und einen Delegierten vom schlesischen Konföderium, worauf ein Pastor Bone als Vertreter des ostpreussischen Bundes der Junglingsvereine einen „brüderlichen Gruß“ übermittelte. Wiederum „herzlichen Dank“ und nun konnte man in die Tagesordnung eintreten.

Auf dieser stand als wichtiger Punkt ein Referat des — nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, Landgerichtsrat Hagemann-Erfurt, über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Wer nicht kam, war Herr Hagemann. Er hatte angeblich in der Börsenkommission des Reichstags zu tun, trotzdem dieser längst geschlossen ist. Als Erfolgsmann sollte der bekannte Herr Behrens eintreten, der den Sünderleuten eine Rolle gespielt. Aber auch Herr Behrens hat es vorgezogen, nicht zu kommen und so mußte wieder der unvermeidliche Vorsitzende des Gesamtverbandes, Herr Lic. Weber, in die Bresche springen. „Springen“ ist hier buchstäblich gemeint, denn der ganze Gebanfang des pastoralen Redners ist ein ewiges Springen, von einem Extrem ins andere, von der Verhöhnung der III Sozialdemokratie bis auf den Tod zum fruchtlichen Zusammenarbeiten zu gleichem Zwecke.

Also Herr Weber referierte über das Koalitionsrecht der Arbeiter, welches er nötig als ein unbedingt notwendiges Recht bezeichnet. Herr Weber gab eine Art historischen Rückblick auf die Entwicklung der Arbeiter-Rechte und als bedingungsloser Verherrlicher des herrlichen Vaterlandes „konstatierte“ er, daß das Koalitionsrecht erst mit der Gründung des Deutschen Reiches eingeführt sei. Das Land sei früher sehr groß gewesen. Er habe Hauptmann's „Weber“ gelesen und habe das Buch einem alten Fremden gezeigt, der in dem Hause des Fabrikanten Zwanziger verkehrt habe. Der habe ihm gesagt, die Hauptmann'schen Schilderungen seien durchweg richtig, nur sei der alte Pastor verzeihen. Der sei kein Vögelchen gewesen, sondern ein grundgütiger Herr, aber sonst sei die Schilderung des Lebens sehr zutreffend. Und dann war der Redner wieder beim Koalitionsrecht, das die Vereinigung zum Zweck der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen achte. Doch sei es mangelhaft, denn den Frauen wird das Vereinigungsrecht sehr erschwert. Das sei nicht schön. (Folgen einige Anekdoten.) Allerdings werde Mißbrauch mit dem Koalitionsrecht getrieben. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften üben erblich Terrorismus aus. (Folgen einige Anekdoten als Beispiele.) Aber auch die Fabrikanten terrorisieren die Arbeiter, indem sie ihnen die Koalition verbieten. Dabei sind die Fabrikanten noch viel weniger in Gefahr, unter den § 158 der Gewerbeordnung zu fallen, der sie eigentlich mittelfrei sollte. Die patriarchalischen Verhältnisse müßten, wo sie bestehen, bestehen bleiben, bis sie sich selbst auflösen. Aber wo sie nicht mehr bestehen, sei es ein Übel, sie zurückzuführen zu wollen. Herr von Stumm habe das noch versucht, aber Geißliche aus der Gegend hätten dem Redner gesagt, wenn der eiserne Kwang einmal aufhöre, werden die Leute alle Sozialdemokraten. Die Zeit, wo man das Koalitionsrecht entziehen konnte, sei unüberwindlich dahin. Damit wolle man rechnen. Die heimliche Anwendung des § 158 gegen die Arbeiter hat große Erbitterung hervorgerufen. Das müßte ausdrücklich konstatiert werden. Diese heimliche Anwendung könne aufhören. Der Redner bespricht dann pöbellich den Massenstreik der Bergarbeiter und fährt aus, daß das nützlichste Gewährenlassen der Arbeiterschaft am ersten die Ruhe bei einem Streik gewährleiste. Er habe große Beibrachtungen gehabt und wolle jetzt gestehen, daß er zu seinem Gott gebetet habe, er möge doch die Bergarbeiter schämen, die den Streik veranlassen haben!! Der Redner schlägt schließlich folgende Resolution vor:

Die berufliche Organisation der Lohnarbeiter ist das einzig wirksame und deshalb unerläßlich notwendige Mittel, um eine gerechte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Grund des freien Arbeitsvertrages zu erzielen, eine gedeihliche Entwicklung des nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens zu sichern und dauernd geordnete Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber auf dem Boden der anerkannten Gleichberechtigung beiderseitiger Organisationen anzubahnen und in Tarifgemeinschaften festzuhalten. Von dieser Überzeugung durchdrungen, fordert die Versammlung alle unorganisierten deutschen Arbeiter auf zum Beitritt zu jenen gerechtfertigten Organisationen, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die Delegierten-Versammlung fordert von der Gesetzgebung erstens: Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes und zwar a) der § 152 der N.-G.-O. soll nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Lohn- und Arbeitsverhältnisse Anwendung finden; b) der § 158 der N.-G.-O. soll dahin erweitert werden, daß nicht allein der Mißbrauch des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt wird, sondern auch die Verhinderung am legitimen Gebrauch.

Itzoharab Kreuziger ist der Meinung, daß der letzte Satz insbesondere gegen christliche Streikbrecher Anwendung finden würde, die die organisierten Kollegen am legitimen Gebrauch des Koalitionsrechtes — des Streiks — hindern. Außerdem beantragt er, in die Resolution einen Appell an die Richter anzuschließen, daß sie nicht so kleinlich gegen die Arbeiter in Streikfällen vorgehen sollten. Die Richter verwechseln oft eine Verurteilung mit einer Forderung. Das entspricht nicht dem Sinne des Gesetzes. Entsprechend den Beschlüssen des Frankfurter Arbeiterkongresses beantragt er, der Resolution noch folgenden Zusatz zu geben:

Wir wünschen auch für die Arbeiter und Angehörigen des Staates und der Gemeindefürsorge (Achtung! Herr Bender, D. Red.) das Organisationsrecht, damit dieselben loyal ihre öffentlichen Interessen wahrnehmen und berechnete Selbsthilfe über können. Sie sollen nicht behindert sein in der Ausübung des Petitions-, Beschwerde- und auch des Versammlungsrechtes. Der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche der Verwaltung gegenüber durch selbstgewählte Vertrauensmänner soll dem Personal gestattet sein.

Pastor Weber erklärte sich mit dem letzten Antrage einverstanden, dagegen hält er einen Vorwurf an die Richter nicht für angebracht. Er werde sich aber mit dem Justizministerium in Verbindung setzen. — Hierauf wurde die Resolution mit dem Zusatzantrage angenommen.

Der nächste Punkt der Verhandlungen betraf die ländliche Arbeiterfrage. Hier war ein Fräulein Heller als Referentin gewonnen worden, nachdem auch eine Anzahl anderer Referenten abgelehnt hatten. Fr. Heller bezeichnet die Landarbeiterfrage als eine Kulturfrage. Sie sei also mehr als eine bloße Magen-, Wohnungs- oder Lohnfrage. Als hauptsächlichstes Mittel zur Lösung der Frage empfahl die Dame ländliche Fortbildungsschulen nach dem Muster der bänischen Volkshochschulen. Im Anschluß an das Referat hielt der Oberpräsident eine Ansprache, in welcher er davor warnte, allzu viel von der Schule zu erwarten. Der Landwirt zahle nicht mehr Lohn an seine Leute, als er gerade müsse. Und das sei ganz natürlich.

Als Gegner des Koalitionsrechtes für die Landarbeiter stellte sich sodann ein Herr Wetekamp.

Delegierter aus Westfalen vor. Er hielt eine lange Rede über die Not der Landwirtschaft im allgemeinen und rebete allerhand steifhalsiges Zeug über das Wort: Gleiches Recht für alle! Richter sei der Grundtag: Jedem das Seine! (Das heißt: für den Landarbeiter die Peitsche! Red.)

Die Ausführungen dieses seltsamen Arbeiter-Vertreters fanden den wärmsten Beifall besonders der wenigen Arbeiter-Delegierten. Ein von ihm gestellter Antrag, für die Landarbeiter das Koalitionsrecht auszuschließen, wurde abgelehnt.

Als Ort für die nächste Tagung wurde Freiburg (Breisgau) bestimmt. Damit hatte der Kongress sein Ende erreicht.

* Zum Malerstreik. Heute früh haben vor dem Gewerbegericht Einigungsverhandlungen begonnen, deren Ergebnis uns zur Zeit noch nicht bekannt ist. Mit welchem Mitteln die Meister kreden, zeigt eine Zuschrift der Innung an die „Schles. Ztg.“, in welcher u. a. folgende Episode erzählt wird:

„Ein arbeitsloser Schille wohnte der beschlußfassenden Versammlung vom 28. Mai bei. Nach der Abstimmung sagt ein Nachbar zu ihm: „Na, Sie haben ja nicht mitgestimmt.“ „Ja“, sagt der Beklagte, „weil ich Sie nicht mitgestimmt, sind Sie denn überhaupt Maler oder Stetler?“ Sie sehen wir gar nicht so aus.“ Der andere wieder: „Ist denn dieses dazu notwendig? Ich interessiere mich für diese Streitsachen und besuche solche Versammlungen gern, wenn ich mich auch mit, mich hat noch niemand irgendwo gefragt ob ich dazu gehöre.“

Die Maler-Innung schätzt die Leser der „Schles. Ztg.“ richtig ein, sonst würde sie es nicht wagen, ihnen solchen haarsträubenden Wahnwitz zu unterbreiten. — Im Laufe der letzten Tage hat die Zahl der Streikenden übrigens noch um circa 40 zugenommen.

* Eine Mietsgebührenreform. Im Laufe des vorigen Sommers wurde in vielen Belangen vor einer Frauensperson gemacht, die sich unter Vorlegung gefälschter Zeugnisse von den herrschaftlichen Mietsgebern zu erschwindeln wußte. Polizeiliche Nachforschungen blieben lange ohne Resultat, so daß die Anzahl der Geschädigten beträchtlich wurde. Im September erst gelang es, der Betrügerin auf die Spur zu kommen und sie festzunehmen; es war die 28-jährige Wirtschaftswirtin Emilie Samsch aus Mischkowitz (Oberschlesien). Mit ihr zugleich wurde der Richter Albert Seleng aus Stenhal verhaftet, der sie auf ihren Reiten begleitete und die falschen Dienstzeugnisse für sie anfertigte. Das Paar hatte ein recht bequemes und angenehmes Leben geführt; die erlangten Summen gestatteten ihm das. Obgleich nur ein kleiner Teil der vollendeten Betrugsfälle zur Kenntnis der Behörden kam, wurden den beiden Samsch von der Staatsanwaltschaft in Dresden am 2. Oktober vorigen Jahres schon neunundzwanzig Fälle nachgewiesen. Der Dresdener Gerichtshof billigte ihnen aber damals mildere Umstände zu und verurteilte Seleng, der noch unbestraft war, zu 9 Monaten und die Samsch, die sich in Not befaud, weil sie für ein vierjähriges Kind zu sorgen hatte, zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis. Während sie diese Strafen verbüßten, gingen der Staatsanwaltschaft zu Dresden zahlreiche weitere Anzeigen von Geschädigten zu; auch Schlesien war von ihnen besucht worden. Im ganzen standen am Donnerstag 25 Fälle zur Verhandlung. Die erschwindelte Summe betrug fast jedesmal 3 M. Der Vorsitzende der I. Strafkammer gab seiner Verwunderung über die Leichtgläubigkeit der herrschaftlichen Ausbrud, die auf ein loses, ganz fehlerhaft beschriebenes Bild Papier hin Selbstverpflichtungen gewährten und gar nicht daran dachten, sich das Dienstbuch vorlegen zu lassen. Der Staatsanwalt beantragte in seinem Plaidoyer, abweichend von dem Urteil des Dresdener Gerichtshofes, die Verfassung milderer Umstände, und die Breslauer Strafkammer verurteilte, unter Umwandlung und Einrechnung der in Dresden erlangten Gefängnisstrafe, die Samsch zu vier Jahren Kerkerstrafe und drei Jahren Ehrverlust; Seleng erhielt zusätzlich zwei Jahre Kerkerstrafe und drei Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust; ihm wurden seiner bisherigen Unbescholtenheit wegen, mildere Umstände gubeilligt. Die Notlage der Samsch war in Dresden als nicht mehr mildere Umstände.

Diek, 16. Juni. Kirchenbrand. Gestern Nachmittag 1 Uhr brach in Wischow bei Breslau ein Turm der dortigen Kirche ein Brand aus, der die ganze Kirche samt den Kirchen-Utensilien vernichtete. Die im Jahre 1450 erbaute Kirche bestand ganz aus Holz. Der feiner Teil von der Gemeinde an die Regierung gestellte Antrag, die Kirche abzutragen, wurde von der Regierung abgelehnt. Die Kirche sollte als Altertumszeug erhalten bleiben. Namentlich ist der Dan dem verheerenden Element zum Opfer gefallen.

Neueste Nachrichten.

Die antilige Schaantgabe.

Der Sekretär des Präsidenten Roosevelt erläßt folgende Mitteilung: Als die Regierungen Russlands und Japans zu erkennen gaben, daß sie nicht in der Lage seien, sich mit der Wahl von Tokio oder Paris als Ort für die Zusammenkunft der beiderseitigen Bevollmächtigten einverstanden zu erklären, brachte Präsident Roosevelt dem Kaiser in Vorschlag. Beide Regierungen machten jedoch abernals Einwendungen und sprachen das Einreden aus, daß die Zusammenkunft in Washington stattfinden möge. Demgemäß machte der Präsident beiden Regierungen die Mitteilung, daß Washington ihrem Wunsche entsprechend, als Treffpunkt für die Bevollmächtigten beider Länder gewählt sei.

Im Innern Russlands.

In Moskau hat eine von 200 Personen besuchte Ingenieur-Konferenz stattgefunden. Die Teilnehmer an derselben beschloßen, sich auf das erste Signal einem zu politischen Zwecke zu veranstaltenden allgemeinen Anstalt an anzuschließen, durch den das wirtschaftliche, insbesondere das industrielle Leben des Landes zum gänzlichen Stoden gebracht werden soll.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschl. (Filiale Breslau.)

Sonnabend, den 17. Juni, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern betreffs des Zuschlages für die Verarbeitung der Chamotteziegel aus der Provinz.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Die Landtagswahlen in Bayern.

Sind von unseren bayerischen Genossen mit folgendem Wahlauftrag eröffnet worden:
Landtagswähler! Die Kammer der Abgeordneten ist aufgelöst. Am 10. und 17. Juli haben die Neuwahlen zum Landtage stattzufinden.

In diesen Tagen hat das bayerische Volk, so weit ein veraltetes und ungerechtes Wahlgesetz es zuläßt, wiederum das Recht, auf die politischen Geschicke des Landes seine Einwirkung geltend zu machen.

Raum niemals aber war die Einwirkung von so außerordentlicher Tragweite, wie bei den bevorstehenden Wahlen. Wider Erwarten und durch den schändlichen Verrat der Liberalen und der sogenannten Freien Vereinigung sind die Wähler gezwungen, noch einmal unter dem veralteten Wahlsystem an die Urne zu treten, unter einem rückständigen Wahlsystem, das die Meinung des Volkes unterdrückt und fälscht, anstatt sie richtig zum Ausdruck zu bringen.

Im den Wählern liegt es nun, dafür zu sorgen, daß eine volksfeindliche Minderheit nicht mehr in die Lage versetzt wird, die Wahlreform und damit die wirkliche Entfaltung des politischen Lebens in Bayern hindern zu können. Auf ihrem Augsburger Parteitag vom 1904 hat die Sozialdemokratische Fraktion, die Reform des Wahlsystems zum Hauptpunkte der bevorstehenden Landtagswahlen zu machen. Sie fordert gemäß dieses Beschlusses die Wähler auf, vor allem für eine Zusammenlegung der Kammer zu wirken, die eine schleunige Schaffung der Wahlreform gewährleistet. Und sie verlangt, daß nach Erledigung des von der Regierung vorgelegenden Entwurfs eines neuen Wahlgesetzes die Kammer alsbald wieder aufgelöst werde, damit das bayerische Volk in die Lage komme, die neue Landesvertretung auf Grund eines besseren Wahlverfahrens zu bilden.

In diesem Sinne wird die Sozialdemokratie, getreu ihrer Ueberlieferung und auf dem Boden ihres bewährten Programms den Wahlkampf unabhängig von allen anderen Parteien und in voller prinzipieller Schärfe führen, aber mit allem Nachdruck dahin wirken, eine Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform zu sichern.

Diese für die weitere politische Entwicklung Bayerns entscheidende Aufgabe verlangt, zumal unter der Ungunst des herrschenden Wahlverfahrens, das namentlich die städtische Bevölkerung fast völlig entrechtet, die äußerste Anspannung aller Kräfte, denn, nicht genug damit, daß die Liberalen und konservativen Wahlrechtsfeinde dem Volke das direkte Wahlrecht vorenthalten, diese grundlossten Personalpolitiker haben es auch nicht vermocht, die Regierung zum Bruche ihres bindenden Versprechens einer objektiven Wahlkreiseinteilung zu bewegen. Ein Blick auf die sieben nach langem Bögern veröffentlichte Wahlkreiseinteilungen beweist, daß sie nicht nach sachlichen Gesichtspunkten, sondern zu dem Zweck erfolgt ist, eine Zweidrittelmehrheit für das neue Wahlgesetz zu verhindern. Schon jubeln die liberal-konservativen Wahlrechtsräuber darüber, daß die verhasste Sozialdemokratie, deren Unermüdlichkeit es gelungen war, die Wahlreform bis nahe ans Ziel zu bringen, die Kosten der neuen Einteilung zu tragen hat. Frohlockend stellen diese Feinde jedes wahren Fortschrittes fest, indem sie die Maske ganz fallen lassen, daß es nun mit der Zweidrittelmehrheit vorbei und ein neues Wahlgesetz für sie nicht mehr zu fürchten sei.

Und die Staatsregierung, nicht zufrieden damit, durch ihre neue Wahlkreisgeometrie das werktätige Volk, die Bevölkerung städtischer und industrieller Kreise noch mehr entrechtet zu haben, hat auch bereits nach Berliner Muster zum Mittel der Wahlbeeinflussung gegriffen. Sie hat die Zugehörigkeit von Beamten und Bediensteten zur Sozialdemo-

kratie „als mit dem Dienstleid unvereinbar“ erklärt. Der „freiheitliche Liberalismus“ hat aber gegen diese unerhörte und verfassungswidrige Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte nicht nur nichts einzuwenden, sondern hat sie gleich dahin ausgelegt, daß auch die Wahl eines Sozialdemokraten eine „Verletzung des Dienstleides“ sei.

Aber alle diese Anschläge werden die Wähler nicht davon abhalten, ihre Pflicht zu tun. Am festen Willen des Volkes, die Wahlreform endlich durchzuführen, dem Fortschritt auch die Wege zu ebnen, werden solche Entrechtungsversuche wirkungslos abprallen. Im Bewußtsein erfüllter Pflicht steht aber die Sozialdemokratie der Entscheidung entgegen. Was an ihr war, die Grundzüge ihres Programms durchzuführen, die Interessen des werktätigen Volkes und aller Unterdrückten zu vertreten, das zu tun, was sie redlich bestrebt. Wo immer Forderungen der Kultur und freiheitlichen Bestrebungen zu vertreten waren, hat man sie in der ersten Reihe gesehen.

Und mehr wie jemals ist auch aus anderen Gründen wie denen der Wahlreform eine Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage nötig. Mit einer Rücksichtslosigkeit ohne gleichen geht das liberale Unternehmertum gegen die Organisation der Arbeiter los, brutal zeigen die vom Staate alimentierten Metallindustriellen den ausgesperrten Lohnknechten ihre Herrenfaust; toller wie je treibt der Militarismus, der Flottenwahn seine Blüten, versucht der Berliner Absolutismus seine Macht zu entfalten. Da heißt es, so viel wie möglich die schwachen Regierungen der Bundesstaaten an ihre Pflicht mahnen, dem Berliner Kurien Widerstand selbständiger Landesvertretungen entgegenzusetzen. Da gilt es, durch Sicherung der bayerischen Wahlreform angelegentlich aller reaktionären Bestrebungen im Norden das Reichstagswahlrecht zu schützen und die bekannten Pläne der Scharfmacher abzuwehren.

Darum ans Werk, Wähler! Sorgt für Aufklärung draußen im Lande, damit es den Wahlrechtsfeinden nicht gelingt, mit gleichnerischen Worten auf den Lippen und Verrat im Herzen, die Aufmerksamkeit des Volkes von seinen wichtigsten Interessen abzulenken oder es durch kulturkämpferische Manöver zu verwirren. Jeder Wähler ein Kämpfer für die Wahlreform, für den Fortschritt, gegen Unterdrückung und Reaktion.

Hoch das direkte Wahlrecht und nieder mit den Wahlrechtsräubern!

Nürnberg, 8. Juni 1905.

Der Landesvorstand
der sozialdemokratischen Partei Bayerns.

Der siebente Bundesturntag

des Arbeiter-Turnerbundes tagte am 11., 12. und 13. Juni 1905 in Berlin.

„Dem Volke gilt, während wir zu spielen scheinen!“ Dieser Wahlspruch drängte in Riesentritten im großen Saal der „Neuen Welt“. Damit gewissermaßen anhebend, daß es erulte Arbeit sei, welche unter diesem Signum geleistet wird. Die Berliner Turngenossen, welche hierorts in dem Turnverein „Fichte“ ihre Organisation besitzen, welche ja bei den Berliner Arbeitern in gutem Ansehen steht, hatte am Sonnabend zur Begrüßung der schon zahlreich eingetroffenen Delegierten einen wohlgeleiteten Empfangsabend bereitet.

Der Sonntagmorgen fand bereits um 7 Uhr die Delegierten zu einer geschäftlichen Vorberechnung vereinigt, welche bis 10 Uhr währte. Abends erfolgte die feierliche Eröffnung des Bundesturntages durch Musik, Vokal und Gesang durch die zahlreich erschienenen Sänger des Arbeiter-Sängerbundes. Nach erfolgter Begrüßungs-Ansprache der Bundes-, Kreis- und Vereinsvertreter trat man in die

Verhandlungen

ein. Es sind erschienen 14 Verwaltungs- resp. Vorstandspersonen, 13 Kreis- und 32 Bezirksvertreter sowie 135 Vereinsdelegierte,

außerdem hatten die böhmischen Vereine zwei Vertreter entsandt, welche anerkannt wurden. Sämtliche Mandate fanden Anerkennung. Aus den Berichten des Bundesvorsitzenden Mauer-Bez und des Geschäftsführers Siederleben-Weißig war zu entnehmen, daß der Arbeiter-Turnerbund in 14 Kreisen und zwei kreislosen Bezirken 828 Vereine mit 65,978 Angehörigen und 5760 Schülern zählt. Seit dem 1. Januar dieses Jahres seien aber schon 82 Vereine mit 8651 Mitgliedern beigetreten. Unfälle beim Turnen innerhalb des Bundes wurden im Jahre 1904 493 zur Anmeldung gebracht. Davon gelangten 436 zur Auszahlung der Unterstützung mit 7454.42 M. — Der Kassenbericht für das zwölfte Geschäftsjahr bilanziert in 21,586.85 Mark Einnahmen und 13,718.44 Mark Ausgaben, sodas ein Ueberschuß von 7,868.21 Mark zu verzeichnen ist. — Der Geschäftsbericht verzeichnete 13,650 Eingänge und 30,854 Ausgänge. Das Organ des Bundes, „Die Arbeiter-Turnzeitung“ erscheint vierzehntäglich in einer Auflage von 42,000 Exemplaren. Durch das Ausscheiden des langjährigen Redakteurs Rauch, hatte sich im Jahre 1904 die Anstellung eines besoldeten Redakteurs notwendig gemacht, als solcher ist von der Verwaltung der Turngenossen Franz-Smitzart bestimmt worden. — Das von den Führern der deutschen Turnerschaft zu gehabte Niederbuch „Der freie Turner“ wurde in 15,000 Exemplaren verlangt. Dem Bedürfnis an Agitationsmaterial wurde durch

100,000 Flugblätter

und 25,000 Agitationsnummern der „Arbeiter-Turnzeitung“ entprochen. Für einen vermittelten Turngenossen sind freiwillige Spenden in Höhe von 5707 Mark eingegangen, welche zur Befreiung des Turnerbundes stehen. — Einer Einladung des Nordamerikanischen Turnerbundes zum Bundesturnfest am 21. bis 26. Juni 1906 in Indianapolis konnte aus diversen Gründen nicht entsprochen werden.

Ueber den Geschäftsbericht entspannen sich äußerst lebhaft Debatten. Nachdem eine gewählte sechsstellrige Kommission sämtliche vorliegenden Kassen- und Geschäftsbücher noch einmal einer Durchsicht unterzogen und darüber berichtet, wurden die erstatteten Berichte gutgeheißen.

Verfaßte des im Laufe des letzten Geschäftsjahres erfolgten Verbotes des Schülerturnens in mehreren Orten wurde beschlossen:

Eine der schärfsten und höchsten Aufgaben des Arbeiter-Turnerbundes ist die Pflege des Jugendturnens. Da nun die staatlichen wie kommunalen Behörden, um dieses Turnen der Jugend in unseren Reihen zu verhindern, alle möglichen Mittel anzuwenden, als da sind: Nichtbewilligung bzw. Entziehung von Schultragallen und Plätzen, Behinderung der Schüler mit körperlicher Züchtigung, Strafandrohungen gegen die Leiter der Schülerabteilungen, Strafanordnungen und Strafmahnde gegen die Eltern der turnenden Schüler, beauftragt der 7. Bundesturntag der Bundesverwaltung, den ersten ihm zugehenden Fall eines Strafmahnde bis zur endgültigen richterlichen Entscheidung zu bringen.

Nachdem der Vertreter der tschecho-slawischen Arbeiter, Doktor Popper-Prag in wirkungsvoller Rede die Notwendigkeit der Gründung böhmischer Vereine bewiesen, wurde dem Antrage seiner Mandatareute entsprochen und die böhmischen Vereine als 14. Kreis dem Arbeiter-Turnerbunde angegliedert, ebenso wurde ihnen für ihre in tschechischer Sprache erscheinende Zeitung eine Subvention bewilligt.

Aus dem Berichte der einzelnen Kommissionen war zu entnehmen, daß das Verhältnis mit dem bisherigen Drucker der „Arbeiter-Turnzeitung“ unalterbar geworden war, und der Vorstand hatte, entsprechend einem früheren Beschlusse, von Leipzig, Dessau, Dresden und Berlin diesbezügliche Kalkulationen vorgelegt. Allgemein befremdete der horrende Unterschied zwischen den Kalkulationen der einzelnen Geschäfte. Für dasselbe Objekt verlangte Berlin 760 M., Dresden 584 M., Leipzig 677 M. und Dessau 590 M. Nach teilweise sehr erregter Debatte wurde der Sitz der

Verwaltung in Leipzig

belassen und der Druck der Zeitung der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ übertragen.

Um den Bund turnerisch besser als bisher ausbauen zu können, wurde die Anstellung eines technischen Leiters beschlossen, dem in erster Linie die Bearbeitung des technischen Teiles der „Turnzeitung“ und Förderung eines Handbuchs obliegt. Eine dazu bestimmte Kommission soll ein Ausschreiben erlassen und die Anstellung erledigen.

Durch die Verschmelzung von Redakteur und Vorsitzenden erhielt der Vorstand eine andere Zusammensetzung. Er besteht jetzt aus dem Vorsitzenden-Redakteur Frey-Leipzig, dem Geschäftsführer Siederleben-Leipzig, dem zu wählenden technischen Leiter und vier Beisitzern, welche am Orte des Bundestages gewählt werden. Das Grundgehalt beträgt für die drei besoldeten Beamten 2000 Mark pro Jahr; es gelten im übrigen die Anstellungs-

Aus aller Welt.

Selbstmord bei Naturvölkern. Die Zunahme der Selbstmorde wird als eine der schrecklichsten Folgen der Ueberkultur des modernen Zeitalters angesehen und als ein Beweis der gesteigerten Nervosität der zivilisierten Völker von heute. Man hat früher geglaubt, daß bei Naturvölkern der Selbstmord ebensowenig vorkomme, wie bei Tieren. Jetzt hat Dr. Hans Koss wohl zum ersten Mal eine gründliche Zusammenstellung über den Selbstmord bei Naturvölkern in der Monographie „Natur und Offenbarung“ gegeben und damit ein ganz neues Licht über diesen Punkt verbreitet. Er behauptet zunächst die Auffassungen früherer Forscher und erwähnt beispielsweise die Behauptung von Morrell, daß der Selbstmord bei wilden Völkern fast nur aus Hunger oder Kanakismus, nur sehr selten aber aus einer krankhaften Neigung entspringe. Keine, noch gar nicht verdoehnte Naturvölker sind nach Morrell des Selbstmordes überhaupt nicht fähig. Nagel dagegen hat es für eine wirkliche Annahme erklärt, daß der Selbstmord bei kulturelteren Völkern nicht vorkomme. Nach dem jetzigen Stand der Kenntnis wird man den Selbstmord vielmehr als eine Erst-Einung betrachten müssen, die sich in arduerer oder geringerer Häufigkeit auf allen Naturstufen der Menschheit findet, allerdings in die höchsten Rassen bei den überkultivierten europäischen Völkern und demnach bei den Völkern auf kulturellen Zwischenstufen erreicht. Mit China ist es in dieser Hinsicht eine besondere Sache, denn eine genaue Statistik, die in diesem Lande freilich garnicht zu beschaffen ist, würde vielleicht lehren, daß der Selbstmord in China noch häufiger ist als in den europäischen Ländern. Die Leichtgläubigkeit, mit der ein Chinese Selbstmord begeht, steht ganz auf derselben Stufe wie die Leichtgläubigkeit der chinesischen Verbrecher bei ihrer Hinrichtung. Das weibliche Geschlecht in China soll dem Selbstmord noch mehr zugeneigt sein, als das männliche, und zwar hauptsächlich aus dem Motive der Eifersucht, des Hohns und der hochhaltenen Regarde, den Männern eine Kränkung zuzufügen. Japan hat mit den Segnungen der europäischen Kultur auch eine gewaltige Steigerung der Selbstmordtätigkeit in den Kauf nehmen müssen; der Jahresdurchschnitt der Selbstmorde betrug dort vor zehn Jahren schon rund 7500. Ueber die heldenmütige Todesverachtung der Japaner und über ihr herrliches Heroismus ist Übergang geschrieben worden. Bei den Hindus erfolgt Selbstmord nicht selten aus religiösen Gründen. Ein alter Brahmine darf, wenn er diesen mangelhaften Planeten verlassen will, nach den Vorschriften der heiligen Bücher unter fünf verschiedenen Todesarten wählen, nämlich dem freiwilligen Hunger oder Keuertod, den durch Erhängen im Schnee von Tibet, das Ertrinken in den Fluten des heiligen Ganges und endlich die Verzehrung durch das gleichfalls geheiligte heilige Krokodil. Dem von der indischen Religion als heiligem Tier beschriebenen Brauch, dem zufolge sich die Wölfe mit

dem Leichnam ihres Ehegatten verbrennen lassen muß, hat die englische Regierung mit großer Energie steuern müssen. Die Motive zum Selbstmord bei den Naturvölkern scheidet Dr. Koss in sieben Gruppen, von denen er zunächst zwei behandelt, nämlich die fernsten Gründe und den Einfluß der Freiheitsberaubung und schlechter Behandlung. Mit dem Geschlechts- und Liebesleben steht die Ehefrau als ein dem Naturvölkern in gewöhnlichen Fällen von Selbstmord bei Naturvölkern in Zusammenhang, und zwar liegen dafür Beweise aus allen Teilen der Erde vor; namentlich die unglückliche Liebe scheint überall ihre Opfer zu fordern. Das weibliche Geschlecht ist an dieser Art von Selbstmorden scheinbar doppelt so häufig beteiligt wie das männliche. Der Selbstmord wegen schlechter Behandlung und Freiheitsberaubung bei Naturvölkern ist aus deren Gewohnung an ziellose Freiheit erklärlich. Auch hier erweist sich das Weib scheinbar häufiger zum Selbstmord geneigt als der Mann.

10,000 Wästen an einem Rosenbaum. Den größten Rosenbaum Europas, der augenblicklich wieder in der prächtigsten Blüte steht, besitzt der Gärtner Wehrle in Freiburg i. Br. Der Rosenbaum (Waldstamm) wurde vom Besitzer im Jahre 1881 mit der Theorose Chromatella befallen. Die Veredelung machte gleich gute Fortschritte und trug im folgenden Jahre schon 27 Rosenbüten. Im Jahre 1897 hatte der Baum einen Flächenraum von 83 qm erlangt mit 6200 Knospen, 1899 mit 7400 Knospen, 1899 über 8000 Knospen, und im Jahre 1900 noch der Rosenbaum schon einen Flächenraum von 89 qm ein mit der Knospenzahl von über 10,000, alle in prächtiger Blüte. Die Höhe des Stammes beträgt 1,10 m, der Umfang des Stammes 34 cm, die Länge der Krone 34 m. Das an Draht gegogene Zweigwerk bildet eine Laube.

Erdrösel. Am Pfingstsonntag Vormittag ist ein achtjähriges Mädchen, Tochter eines Berliner Einwohners, auf dem Wege von Berlin nach Bärwalde in der Nähe der Berliner Schärer erdrückt aufgefunden worden, nachdem ein Sittlichkeitsverbrechen an ihm verübt worden war. Im Laufe des Nachmittags kam zu einem Bärwalder Polizeibeamten in dessen Wohnung ein Mensch, um zu betteln. Dem Beamten fiel der Bettler auf, er nahm ihn fest und führte ihn dem Polizeigefängnis zu. Bei näherer Untersuchung fand man bei ihm Blutspuren. Schließlich gelang der Unhold das Verbrechen. Der Täter ist ein Fabrikarbeiter, der seinerzeit in Alt-Preßin als Knecht bedienstet war.

Ein Großfeuer vernichtete in Rudolfsheim bei Offen vier große Papiermühlen; viel Vieh, wertvolle Maschinen und Futtermittel sind mitverbrannt. Das Feuer wurde durch ein spielendes Kind verursacht.

Vergiftung durch Pferdeweich. Die neunjährige Tochter des Gafwirts Wäld in Siegenburg (Niederbayern) hatte während des letzten Wartes von einer Pferdeweich gegessen und ist kurz darauf an Vergiftung gestorben. — Ein 15jähriger Junge, der ebenfalls von der Wurst aß, erkrankte schwer, konnte aber noch ge-

rettet werden. Der Pferdewegger Stedler, der Hersteller dieser Wurst, wurde verhaftet, seine Fleisch- und Wurstwaren eingezogen.

Abgestürzt. Im Bobdiale im Garg ist, dem Vernehmen nach, ein Student Kalesch von einer Felswand abgestürzt; er war sofort tot.

Vom Eis in England. 400 Arbeitslose aus der Stiefel- und Lederfabrik jener Gegend nach London, um dem König Edward ihre traurige Lage vorzustellen. Ihr Wunsch ist ihnen aber nicht gewährt worden und auch die geplante Massenversammlung im Hyde-park konnte des unabhägigen Regens halber nicht stattfinden. In dessen verammelten sich auf Trafalgar-Square ein paar tausend Menschen und betrachteten das Banner der Provinzler mit seiner mächtigen Inschrift: „Marx der Arbeitslosen von Leicester nach London im Auftrage von 2000 Männern mit ihren Familien.“ Es wurde Geld gesammelt und kräftige Reden gehalten.

Fräulein Kapitän. Amalia Jensen, ein hübsches, junges Mädchen mit blauen Augen und kastanienbraunem Haar, genießt die Auszeichnung, der einzige weibliche Votte in Amerika, vielleicht der ganzen Welt zu sein. Ihr Vater war jahrelang Kapitän eines kleinen Schleppees, der den New Yorker Hafen besaß und die großen Schiffe mit Eis versah. Als er vor einigen Monaten erkrankte, entschloß sich das mutige Mädchen, für ihn einzutreten. In wenigen Wochen bereitete sie sich für die nötige Prüfung vor, die sie glänzend bestand, so daß den Inspektoren nichts übrig blieb, als ihr die erbetene Lizenz zu erteilen. Die Urkunde selbst ist nach dem amtlichen Jop, der in Amerika ebenso streng wie bei uns ist, auf einen „ihm“ ausgestellt. Es heißt, daß die Seeleute großen Respekt vor „Mant, the Skipper“, wie sie genannt wird, haben und gern Obdi parieren. Wenn die Kapitänin jedoch Abends nach des Tages Mähen ihr Schiff verläßt, geht sie den Vergnügungen anderer jungen Mädchen nach und tanzt stets mit einer bestimmten Randrate, wie sie erklend anstand.

Durch die Explosion an Bord des „Magnificent“ in Gibraltar wurden ein Leuant und drei Mann getötet. Der Unglücksfall ereignete sich dadurch, daß das Geschöß im Geschützrohr verlagte. Der Verschluß wurde geöffnet, als plötzlich das Geschöß explodierte.

Die Gesamtzahl der Menschenopfer in Konstantinopel während des Sturmes am Pfingstsonntag beträgt zwölf Personen getötet bzw. ertrunken, ungefähr 180 verletzt. 30 Häuser sind eingestürzt, etwa 100 Häuser haben große, einige hundert kleinere Beschädigungen erlitten. Der durch das Unwetter angerichtete Schaden ist somit ziemlich bedeutend, aber vorläufig nicht genau festzustellen. Der Hagelsturm am Pfingstsonntag hat nur in Gärten und auf den Feldern Schaden angerichtet; außerdem Tausende von Feuerschäden zertrümmert. Das mehrtägige hier ungewöhnliche Regenwetter hat heute aufgehört.

bedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Dem scheidenden langjährigen Vorsitzenden Wauer-Gera wurde eine Remuneration von 100 Mark gewährt.

Die Statutenänderungsanträge, welche teilweise von sehr einschneidender Bedeutung waren, wurden, um Zeit zu gewinnen, dem neuen Vorstand zur Ausarbeitung und Berücksichtigung überlassen.

Einen heftigen Kampf brachte der Punkt Wettturnordnung

mit sich. Die Frage war wohl bisher die brennendste. Standen sich doch hier die schroffen Gegensätze gegenüber. Der Hamburger Turntag hatte das Verbot jeglichen Wettturnens erlassen. Da dies von vielen Seiten als ein wesentlicher Mangel in der Entwicklung der einzelnen Vereine und analog dessen auch des Bundes betrachtet wurde, so lagen hierzu die verschiedenartigsten Anträge vor. Nachdem die drei Hauptmeinungen in je einem Referenten zu Worte gekommen waren und zahlreiche Diskussionen ihrer Standpunkte vertreten hatten, beschloß der Turntag wie folgt:

Der Turntag sieht in der Turnkunst eine planmäßige Erziehung des Körpers und des Geistes aller Turner zu freien und gleichen Männern. Einer solchen Erziehung widerspricht jede Beschränkung und jede Auszeichnung einzelner Turner. Ihr Widerspruch ist auch jede turnerische Veranstaltung, die nicht geeignet ist, Massen zu erziehen. Dagegen muß in Rücksicht auf das Turnziel die Gesamtarbeit der Vereine, Abteilungen, Wiesen so unerschwert wie möglich betrieben werden. So unzulässig und sinnwidrig daher ein Wettturnen von Personen ist, so unbillig ist ein Wettturnen von Gruppen. Ausgehend von diesem Standpunkt beschloß der Turntag: 1. Jedes Turnen um Preise oder materielle Vorteile ist unzulässig. 2. Jedes Einzel-Wettturnen ist ebenfalls unzulässig. 3. Jedes Turnen mit oder ohne Geld, sowie jedes Spiel, bei dem die kollektive Arbeit von Gruppen durch Vergleichung mit anderen oder Leistungen von Gruppenleistungen festgesetzt wird, wie zum Beispiel bei Musterturnen und Wettspielen, ist nicht allein unzulässig, sondern zu überdauern. Frühjahrsturnen zum Zweck der Betriebs-einteilung (Wegenprüfung, Vorturnerprüfung) bleiben ebenfalls zulässig. 4. Der Turntag beauftragt den technischen Ausschuss, auf Grund dieser Beschlüsse eine Wettturnordnung auszuarbeiten. Beschlossen wurde ferner, das vorhandene

Wiederband

vor Neuauflage einer Revision zu unterziehen. Ebenso soll im Einverständnis mit der Reichsorganisation ein Preisauschreiben für ein neues Bundesstatut erlassen werden, welches dann gegebenenfalls zu beschließen ist. Ebenso erklärt der Bundesturntag, keinem Privat-Unternehmer das Recht anzuerkennen, irgend einen Handelsartikel mit dem Bundesnamen zu belegen.

Nach dreitägiger Sitzung trat am Dienstagabend gegen 10 Uhr Schluss der Verhandlungen ein, nachdem als Ort für den Bundeskongress 1907 Stuttgart bestimmt war. Am ersten Feiertage hatte der aufgebende Verein einen Künzleabend veranstaltet, welcher in allen seinen Teilen als wohl gelungen bezeichnet werden muß. Das Berliner Eintracht-Orchester unter Leitung des Herrn M. Fischer, als auch der Gesang der Frau Ullau und die Regitation des Herrn Cotta wirkten durch ihre Leistungen geradezu imponierend.

Vom Deutschen Arbeiter-Abstinenztag.

Die abstinente Arbeiter Deutschlands, die vor zwei Jahren sich in dem Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bund eine eigene Organisation gaben, haben in den Pfingstfeiertagen in Berlin die erste ordentliche Generalversammlung ihres Bundes abgehalten. Die rund zwei Tausend Delegierten, die da in den Industriestädten in der Pentecost zusammenkamen, vertreten ein ganzes sozialdemokratisches Alkoholgegners, das vorläufig noch recht klein ist. Aber dieses kleine Gänzlich ist voll Zuversicht und ganz und gar nicht schüchtern; schüchtern nicht gegenüber den bürgerlichen Abstinenten, die der Ausbreitung der Alkoholabstinenz unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft mit gemischten Gefühlen zuschauen, und auch nicht gegenüber den nicht-abstinenten Sozialdemokraten, von denen mancher die Abstinenzler heute noch als wunderliche Heilige belächelt.

Nach Eröffnung der Delegierten hatte die Berliner Delegation des Bundes am Sonntag einen — natürlich alkoholfreien — Kommerz veranstaltet. Genosse Kagenstein, der im Auftrag der Delegation die Delegierten willkommen hieß, nannte die Abstinenzbewegung „noch ein Stücklein der deutschen Arbeiterbewegung“; aber die Stellungnahme des Bremer Parteitag habe „wenigstens eine offene Tür geschaffen“.

Am Sonntag, Mittags um 12, wurde dann die Generalversammlung in Anwesenheit aller 22 Delegierten eröffnet. Die volle Hälfte der Delegierten entfiel auf Nordwest-Deutschland, das ja das Hauptgebiet der deutschen Abstinenzbewegung ist und bisher auch für die Verarbeit der sozialdemokratischen Abstinenten den günstigsten Boden abgab. Zum ersten bzw. zweiten Vorsitzenden der Generalversammlung wurden Genosse T. A. G. 1. und 2. Dresden und Genosse Müller-Schleswig gewählt.

Die Berichte des Bundesvorstandes, der seinen Sitz in Berlin hat, ließen erkennen, daß der D. A. A. B. aus kleinen Anfängen

Die Redakteure des „Euphorion“, Thoma und P. Vogel, werden sich wegen Verleumdung zweier Geschlichen am Montag vor dem Schwurgericht in Stuttgart zu verantworten haben. Der Artikel liegt die Verleumdung des Geschlichen in die Süddeutsche Zeitung in Köln a. Rh. zu Grunde. Das Geschliche war aus Anlass des internationalen Kongresses zur Bekämpfung der Unfruchtbarkeit im Anfang Oktober 1904 in Köln statt. In diesem Geschliche kamen die Worte vor: „unabhängige Schöpfung“, „unabhängige Unfruchtbarkeit“, „Kolonienabhängigkeit“, „unabhängige Kinderzeugung“, „unabhängige Vererbung“, „unabhängige Lebensdauer“, „bei ihrem christlichen Glauben“ usw. Vater P. Vogel war als Referent und Vater Thoma als Beobachter als Beobachter des Kongresses erschienen in diesem Geschliche, insbesondere in dem erwähnten Ausdrücken eine Verleumdung in Beziehung auf ihren Beruf, da es zu ihrem amtlichen Pflichten gehört, über die Unfruchtbarkeit zu wachen und diese zu verhindern.

Eine Frau als Mönch. In einem Kloster in der Nähe von Passau stand dieser Tage der Mönch Bajal Kowowicz im Alter von 91 Jahren. Das ganze Dorf betrachtete den achtzigjährigen Mönch, der die letzten drei Jahrzehnte seines langen Lebens in diesem Kloster verbracht hat. Groß war jedoch das Entsetzen der frommen Bewohner des Klosters, als es sich herausstellte, daß der verlorbene Mönch — eine Frau gemeint. Die Mönche schanden Stein und Bein, daß niemals auch nur der geringste Verdacht darauf aufgebracht sei, daß man hätte schätzen können, daß ihr Mönch Bajal kein Mann sei.

Der Seiltänzer. Aus einer Höhe von 100 Fuß abgehängt ist der amerikanische Seiltänzer Davison, der im Freien in dem englischen Seebade Hastings eine Vorstellung gab und dabei vom Seil glitt. Davison hatte die Tour über das Seil, die mächtige Balustrade in der Hand, schon mehrere Male tadellos vollführt. Am Ende des Seiles lag er sich auf den Rücken, die Beine in die Luft. Möglichst schnell erfuhr er, als wollte er wieder auf seine Füße. Da plitz ihm die Stange aus den Knien, wo er sie gehalten und er verlor das Gleichgewicht. Wild griff er nach dem Seil, sah aber daneben in die leere Luft und stürzte ab. Er überschlug sich, krachte auf den Boden und brach sich Genick und Rücken. Es entstand eine Panik, bei der eine Anzahl Menschen verletzt wurde.

Das nächste Examen. Russische Blätter berichten aus dem Kirchort Tschernich bei Nischni-Novgorod folgendes: Es ist Winter. Die Kälte ist schrecklich. Der Priester, der zugleich Schulinspektor ist, schläft auch. Da fährt plötzlich mit vier Pferden der Landhauptmann ins Dorf und klopfet bei dem Priester an: „Kann jetzt die Schulprüfung stattfinden?“ — „Schulprüfung? Jetzt?“ — „Der Herr Schulinspektor ist noch verstorben und daher etwas begründet.“ — „Ja, auf der Stelle!“ — „Kommandiert der Landhauptmann Schiden Sie schnell nach der Lehrerin. Lassen Sie sie werden, ich

verhältnismäßig rasch wächst und bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Angriff vorgeht. Nach dem Bericht des Kassierers Genossen Gieseler wurden in zwei Jahren 4659 M. eingenommen und 4278 M. ausgegeben. An Mitgliedern hatte der Bund am 1. Mai 1908: 174 männliche, 22 weibliche, am 1. April 1904: 610 männliche, 78 weibliche, am 1. April 1906: 1185 männliche, 168 weibliche. Ueber die Schriftführungverwaltung berichtete Genosse Michailis. Der Vertrieb von Broschüren, Zeitschriften etc. hat stetig zugenommen; das Bundesorgan „Der abstinente Arbeiter“, redigiert vom Genossen Davidsohn, hat die Auflagenziffer 2600 erreicht. Der Bericht des Bundesvorstandes Genossen Vera gab ein Bild der vom Bund entfaltenen Agitation. Dem D. A. A. B. ist die Alkoholabstinenz nicht Selbstzweck, wie den Organisationen bürgerlicher Abstinenten, sondern Mittel zum Zweck — zu dem Zweck, der Arbeiterklasse ihren Befreiungskampf zu erleichtern und ihn noch wirksamer zu machen. Auf bürgerlicher Seite ist diese Absicht bald erkannt worden, und die bürgerliche Klasse hat sich bereit, der Agitation der Arbeiter-Abstinenten Hindernisse zu bereiten. Gegen die Agitationsstunde, die Dr. Fröhlich-Wien, der „Ausländer“, durch Deutschland unternahm, haben nicht nur die Verbände ihre Paragrafen ausgekratzt. In Schlesien ist auch mit dem alten biederer Mittel der Saalabtreiber gearbeitet worden, und zwar von der Zentrumspartei, deren Wortführer anderswo auf die Sozialdemokratie zu schelten pflegte, weil sie den Arbeitern den Schnaps nicht nehmen lassen wollte. Dieser Dr. Fröhlich ist der Meinung, daß die Arbeiter, wenn sie dem Alkohol zu entsagen vermöchten, sämtlich zu Sozialdemokraten gemacht werden könnten; da muß es der bürgerlichen Klasse allerdings erwünscht sein, daß der Mann nicht zu Worte kommt. Der Versuch des Bundes, für die Agitation an Günstigen Alkoholabstinenz, die Unternehmung der Gewerkschaften zu erreichen, ist vorläufig nur in einzelnen Fällen geglückt. Die Bitte, mitzuhelfen zur Verbreitung eines Flugblattes, z. B. durch Kostenbeitrag, wurde von einem halben Dutzend Gewerkschaften erfüllt. Wohl am günstigsten war der Erfolg bei dem deutschen Bergarbeiter-Verband, der vom D. A. A. B. 100.000 Flugblätter bezog. Von den ablehnenden Gewerkschaften wiesen viele darauf hin, daß bloße Mäßigkeit genüge. Großen Mangel an Entgegenkommen wiesen die abstinente Arbeiter der Bezugszahl der Gewerkschaftshäuser vor. Sie fordern Unabhängigkeit der Gewerkschaftshäuser vom Alkoholkapital, d. h. von den Brauereien.

Die Besprechung der Berichte ließ an Gründlichkeit und oft auch an Lebhaftigkeit nichts zu wünschen übrig. Hatte der Empfangsabend gezeigt, daß man auch ohne Alkohol gemütlich sein kann, so lieferten die Debatten an Verhandlungstage den Beweis, daß man auch ohne Alkohol — sehr ungemütlich werden kann. Am Sonntag wurde der achtstündige Arbeitstag innegehalten und bereits 8 Uhr die Sitzung geschlossen. Am Montag benannten die Delegierten, nachdem sie Morgens 8 Uhr zu einer vertraulichen Besprechung zusammengekommen waren, ihre für die Delegierten bestimmte Verhandlungsmittele um 12 Uhr, aber als sie Abends um 8 Uhr auseinander gehen wollten, häuften sie eine Nachsitzung an, die erst nach Mitternacht ihr Ende erreichte. Das war also ungefähr ein sechsstündiger Arbeitstag. In diesem zweien Tage wurde die Besprechung der Vorstandsberichte beendet. Der Bericht der Pre-Commission, den dann Genosse Kagenstein gab, wies in dem Vorbericht, das bisherige Bundesorgan durch das Wiener Organ „Der Abstinente“ zu ersetzen. Die lange Debatte hierüber führte noch nicht zu einer Entscheidung. Sobald die Verhandlungen mit Wien erledigt sind, soll Ueberprüfung stattfinden.

Ueber die weiteren Verhandlungen werden wir morgen berichten.

Siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Leipzig, 15. Juni 1905.

In der heutigen Vormittags-Sitzung wird die Debatte über die

Erwerbslosen-Unterstützung

im Verbande fortgesetzt. Die als Gegner der Vorlage auftretenden Redner sind durchgehends Berliner Delegierte. Sie befürchten, daß durch die Einführung der bevorstehenden Kampfe, denen die Organisation zweifellos entgegensteht, gehindert werden könnten. Wenn durch den Ausbau des Unterstützungswezens auch der Klassenkampfcharakter des Verbandes nicht ganz aufgehoben zu werden braucht — abgesehen davon würde er dadurch allen Fälle. Wir bekommen ein Mitgliedermaterial in den Verband hinein, welches denelben als Versicherungsanstalt betrachtet und die prinzipielle Haltung verwässert. Uebrigens sei die jetzt beantragte Erwerbslosen-Unterstützung weiter nichts als ein Verlust, die von der Berliner Generalversammlung abgelehnte Krankenunterstützung auf anderem Wege durchzuführen. Ebenso wird bezweifelt, daß der in der Vorlage estrekte Zweck mit einer Beitragsbelastung von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder auch wirklich erreicht werden kann. Dagegen wird die durch die Vorlage vorgeschlagene Reduzierung der Reiseunterstützung als ungerichtet bemängelt.

belehrt es! Der Priester weicht die Lehrerin, der Dorfalte und der Nachwächter weichen die Kinder und lagern sie in die Schule. Um Uhr kann das Examen beginnen, und bei Morgengrauen ist es zu Ende. Die verheirateten Kinder haben nicht allzu viel gewußt, aber das ist Nebenache. Die Hauptsache bleibt, daß der Landhauptmann vorwärtsmäßig melden kann, die vorgeschriebene Prüfung ist vollzogen. Nach dem Exam und Exam wird nicht gefragt; das betreffende Papier aber muß ausgefüllt werden.

Einen reichen Goldschlag hat man bei dem Abbruch eines Hauses in Konstanta entdekt. Es sind bei den Grabarbeiten mehrere hundert Stück Goldmünzen gefunden worden, Florentiner und Genueser Taler, römische und byzantinische Goldgulden aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts. Die Münzen sind außerordentlich gut erhalten; sie lagern im Leinwandbeutel, 40 Zentimeter unter dem Aufboden des Erdgeschosses, ohne irgend welchen Beschützer. Der Fund, der sie vor Jahrhunderten umschloßen haben mag, ist natürlich längst vermodert. Der Wert der Münzen, der nicht bloß nach dem Goldwert zu bemessen sein wird, ist, wie der „Bund“ schreibt, noch nicht genau festgesetzt; man spricht von 60—80.000 M. einer Summe, die aber wahrscheinlich allzu hoch angesetzt sein wird.

Denken Sie sich, Sie wären solch ein Schwein! In einer nützlichen Broschüre: „Nachwissenschaftliches aus der Fleischerei“, die vom Fleischmeister A. Raß in Kolberg verfaßt ist, steht folgende beherzigenswerte Abhandlung zu lesen: „Einer weiteren schweren Fehler sehe ich noch in der Stallungen der meisten Schlachthäuser, in welchen die Schweine auf dem kalten Zementboden liegen müssen. Denken Sie sich mal, Sie wären solch ein Schwein — haben eine größere Heiße gemacht — befinden sich in äußerst erregtem und erregtem Zustande — wissen infolge der außergewöhnlichen Sorgänge gar nicht, welcher Zustand Sie eingezogenen — werden dann auf diesem kalten Zementboden mit ohne jede Strohmatte — müssen vier ein bis drei Tage lang zubringen — kriegen nach einem Tag auch ein wenig Futter — welches Sie aber, da Sie bisher anderes hatten, oder auch aus selbsterregter Erregung, gar nicht berühren — Sie geben sich eine große Erklärung, mit Schweiß und Fieber verbunden, zu — und werden dann schließlich — geschlacht — ja, meinen Sie, daß Sie dann noch solch gutes Fleisch liefern können wie eine Sau, die der Landwirt ohne Erregung aus dem Stall holt — im Augenblick schlachtet und für sich zur Wurst macht —? Nein — das glauben Sie selbst nicht! Darum beruht also gerade — wie Sie jetzt einsehen dürften — das Geheimnis der früher so gelobten guten Wurst und Schinken von den Landwirten — welches noch durch die kalte Jahreszeit, wo die Schlachtung in der Regel nur geschieht, begünstigt wird. Wie Sie sehen, ist ein so behandeltes Schwein halbtot und kann deshalb keine halbtoten Dauerwaren mehr liefern.“

Büchlichkeit nehmen sich die Schlachthaus-Verwaltungen die ganze Zeit über der Fleischerei schon ihrer originellen Fassung wegen zu vergnügen.

Die Beschlüsse der Vorlage weisen darauf hin, daß genau dieselben Gründe, die heute gegen die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung ins Feld geführt werden, feinerzeit auch gegen die Arbeiterlosen-Unterstützung herhalten mußten und durch die tatsächlichen Verhältnisse als vollkommen unzutreffend sich erwiesen haben. Auch sei die Behauptung unzutreffend, daß wir groß geworden sind ohne materielle Vorteile. Genau das Gegenteil sei der Fall! Der materielle Zug der Zeit muß auch unferer-zeits berücksichtigt werden und gerade, weil wir schweren Zeiten entgegengehen, müssen wir versuchen, dem Verbanne möglichst alle Metallarbeiter zuzuführen, damit uns keine Streikbrecher in den Rücken fallen. Wir werden mit der Annahme der Vorlage den Dickschneidern das Wasser abgraben und nicht nur unsern Mitgliedern etwas bieten sondern auch viele uns noch fernstehende Arbeiter zu Klassenkämpfen erregen werden können. Es ist gleichgültig, ob jemand aus Idealismus oder Egoismus sich organisiert, die Schule der Organisation tut dann schon das Uebrige. Die jetzige Vorstands-Vorlage geht viel weiter, als die feinerzeit in Berlin abgelehnte Krankenunterstützung, sie bewirkt vor allen Dingen eine gerechtere Verteilung der Rechte und Pflichten der Mitglieder. Auch ein Teil der Berliner, welche als Gegner der Vorlage hergekommen sind, werden sich angeichts der Diskussion schwerlich befehren.

Ein Schlußantrag wird, obwohl noch außerordentlich viele Redner eingezeichnet sind, mit überwältigender Majorität angenommen. Da aus der Verlesung der Rednerliste hervorging, daß beinahe nur noch Fremde der Vorlage eingezeichnet waren, verabschiedete die Versammlung die Vorlage einstimmig auf das Schicksal. Die Absicht der Versammlung ist eine namentliche. Es stimmen für die prinzipielle Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung 121 Delegierte, dagegen 41. Das Resultat wird mit lebhaftem Handklatschen begrüßt. Von der Berliner Delegation haben 10 dafür, 27 dagegen, von der Leipziger 2 dafür, 4 dagegen, von der Dresdener 5 dafür, 1 dagegen, von der Hamburger 6 dafür, 1 dagegen gestimmt, die Münchener und Magdeburger stimmten geschlossen dafür, auch die Magdeburger.

Besüglich der Beitragsätze, die heute für männliche Mitglieder 40 und für weibliche 15 Pf. pro Woche betragen, einigt man sich auf 50 bzw. 20 Pf. Weitergehende Hamburger Anträge auf 60 und 30 Pf. werden mit großer Majorität abgelehnt. Mit der Erweiterung der Arbeiterlosen-Unterstützung zur Erwerbslosen-Unterstützung (aus Anlaß vorübergehender Erwerbsunfähigkeit und vorübergehender Erwerbslosigkeit aus anderen Gründen) ist auch die Einführung eines Sterbegeldes verbunden. Das erbobene Reisegeld wird in die Erwerbslosen-Unterstützung eingerechnet.

Der Vorschlag Heilbronn, zur Leitung eingezogenen Reservisten und Landwehrmännern die Erwerbslosenunterstützung zu zahlen, wird unter Hinweis auf die damit für die Soldaten verbundene Gefahr einstimmig abgelehnt. Sie hören auf, Mitglieder zu sein, wenn ihr Militärverhältnis beginnt und treten nach Beendigung desselben wieder in ihre alten Rechte ein.

Nach sehr eingehender Diskussion wird sodann ein Antrag auf endgültigen Entschluß über die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung durch Urabstimmung in namentlicher Abstimmung mit 114 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Damit ist die Sache definitiv erledigt.

Der Vorsitzende Schilde protestiert sodann feierlich unter Zustimmung der Generalversammlung gegen den auf dem Verhandeltag der Werkarbeiter erhobenen Vorwurf, daß der Metallarbeiterverband Lohnstreikigkeiten hervorbringe, um Gelegenheiten zu haben, die Werkarbeiter überzuschleusen. Eher könne vom gegenteiligen Versuch gegenüber den auf Werken arbeitenden Metallarbeitern gesprochen werden.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nachdem in der Vormittags-Sitzung alles weitere Material zur Statutenberatung der diesbezüglichen Kommission zur weiteren Bearbeitung überantwortet worden war, erfolgte in der Nachmittagssitzung zunächst die Behandlung des Punktes:

„Das Prämienystem und seine Wirkungen“

„Das Prämienystem und seine Wirkungen“

Man hat in der Vormittags-Sitzung alles weitere Material zur Statutenberatung der diesbezüglichen Kommission zur weiteren Bearbeitung überantwortet worden war, erfolgte in der Nachmittagssitzung zunächst die Behandlung des Punktes:

„Das Prämienystem und seine Wirkungen“

Man hat in der Vormittags-Sitzung alles weitere Material zur Statutenberatung der diesbezüglichen Kommission zur weiteren Bearbeitung überantwortet worden war, erfolgte in der Nachmittagssitzung zunächst die Behandlung des Punktes:

„Das Prämienystem und seine Wirkungen“

Man hat in der Vormittags-Sitzung alles weitere Material zur Statutenberatung der diesbezüglichen Kommission zur weiteren Bearbeitung überantwortet worden war, erfolgte in der Nachmittagssitzung zunächst die Behandlung des Punktes:

„Das Prämienystem und seine Wirkungen“

Man hat in der Vormittags-Sitzung alles weitere Material zur Statutenberatung der diesbezüglichen Kommission zur weiteren Bearbeitung überantwortet worden war, erfolgte in der Nachmittagssitzung zunächst die Behandlung des Punktes:

„Das Prämienystem und seine Wirkungen“

Man hat in der Vormittags-Sitzung alles weitere Material zur Statutenberatung der diesbezüglichen Kommission zur weiteren Bearbeitung überantwortet worden war, erfolgte in der Nachmittagssitzung zunächst die Behandlung des Punktes:

„Das Prämienystem und seine Wirkungen“

Man hat in der Vormittags-Sitzung alles weitere Material zur Statutenberatung der diesbezüglichen Kommission zur weiteren Bearbeitung überantwortet worden war, erfolgte in der Nachmittagssitzung zunächst die Behandlung des Punktes:

„Das Prämienystem und seine Wirkungen“

Man hat in der Vormittags-Sitzung alles weitere Material zur Statutenberatung der diesbezüglichen Kommission zur weiteren Bearbeitung überantwortet worden war, erfolgte in der Nachmittagssitzung zunächst die Behandlung des Punktes:

„Das Prämienystem und seine Wirkungen“

Man hat in der Vormittags-Sitzung alles weitere Material zur Statutenberatung der diesbezüglichen Kommission zur weiteren Bearbeitung überantwortet worden war, erfolgte in der Nachmittagssitzung zunächst die Behandlung des Punktes:

wird dann am besten strahlen, je größer und stärker unsere Organisationskraft ist!

Auch die nachfolgenden Diskussionsredner stellen sich auf den gleichen Standpunkt, trotzdem anerkennen sie vollumfänglich die gute Absicht des Herrn Hahn, meinen aber, daß bei dem Heißwort eigentliche Konkurrenzverhältnisse nicht maßgebend sind, wie sie bei der gesamten Privatindustrie vorherrschen.

Mister Barnes-London, der Vertreter der englischen Maschinenbauer, will nicht in die Debatte eingreifen, um sich ein Urteil über die Richtigkeit des Verhandlungsgegenstandes bezüglich des Prämienprinzips zu bilden oder ihm eine andere Anschauung beizubringen, sondern nur einen nach seiner Meinung in Deutschland verbreiteten Irrtum aufzuklären.

Nach den Schlussworten der beiden Referenten, die neue Motion nicht bringend, gelangt die Resolution in ihren ersten beiden Absätzen einstimmig, in ihrem dritten mit großer Majorität zur Annahme.

Die 7. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt:

Das Prämien-Lohnsystem ist eines der raffiniertesten Mittel zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Es zwingt den Unternehmer in den Stand, den Arbeiter unter dem Schein höherer Bezahlung anzunehmen, anhaltend seine Kräfte bis zur äußersten Erschöpfung anzustrengen, ohne Rücksicht darauf, daß er sich dadurch früh ruiniert.

Aus diesen Gründen liegt es nicht im Interesse der Arbeiter, der Weiterverbreitung dieses Systems Vorschub zu leisten, zumal die Erfahrungen zeigen, daß es von den Unternehmern in der Hauptsache auch dazu benutzt wird, einen Maßstab an gemessenen zur weiteren Verabfolgung der Arbeitskraft oder zur Erhöhung des Arbeitsvermögens bei Lohnarbeit.

Die 7. Generalversammlung erklärt sich deswegen grundsätzlich gegen das Prämien-Lohnsystem, hält es jedoch nicht für angebracht, den Verband auf eine in allen Fällen zu befolgende Taktik festzulegen, will diese vielmehr in jedem einzelnen Fall den maßgebenden Verbändeleitungen zur Entscheidung überlassen.

Alsdann bittet die Statutenberatungskommission aus praktischen Erwägungen den Vormittagsbeschluss, nach welchem die Aufrechnung des Kreisbeschlusses auf die Erwerblosen-Unterstützung vorgenommen werden soll, wieder aufzuheben. Nach lebhafter Debatte, die erst durch einen Schlussantrag beendet wird, erfolgt die Abstimmung, die ergibt, daß der Antrag der Statutenberatungskommission mit 74 gegen 67 Stimmen angenommen wird.

Schluss 1/27 Uhr Abends.

Die Generalversammlung des Verbandes Deutscher Bergarbeiter

beschäftigte sich im Laufe des Mittwochs mit den Vorschlägen zur Erhöhung der Beiträge. Die Erhöhung der Beiträge von 20 auf 40 Pfennige wöchentlich wird mit etwa 140 gegen 9 Stimmen beschlossen, ebenso die von der Kommission beantragte Erweiterung des Unterstützungsbezirks.

Am Donnerstag, als am letzten Verhandlungstage, wurde die Debatte über die internationale Arbeiterbewegung zunächst fortgesetzt. Es wurde zum Schluß eine Resolution angenommen, in der die Versammlung die Notwendigkeit internationaler Verständigung anerkennt und den Vorkonferenzen Deutschlands die Beschäftigung des diesjährigen Kongresses in Vorschlag einbringt.

Hierzu sprach Reichstagsabgeordneter Schaefer über den Stand der deutschen Berg-Gewerkschaft. Er beschrieb die Lage der Bergarbeiter, die von der Arbeiterbewegung getrennt sind, und die Arbeiterbewegung, die von der Bergarbeiterbewegung getrennt ist.

Die General-Versammlung kann die Berggesetznovelle, wie sie von der Regierung und dem preussischen Abgeordnetenhaus gefasst worden ist, nicht einmal als Abschlagszahlung an die Bergarbeiter betrachten, sondern empfindet die Behandlung der Bergarbeitergesetzgebung durch die gesetzgebenden Faktoren als Verhöhnung der Arbeiter und wünscht, daß das Herrenhaus das Gesetz verwirft, damit die Materie durch Reichsgesetz geregelt wird.

Am letzten Abschnitt der Tagung wurde Reichstagsabg. Dr. als Mediateur der Bergarbeiterzeitung wiedereingewählt. Das Geschäft der Verbandsangelegenheiten wird künftig getragen: für die Angelegenheiten in der Zentralverwaltung, Redaktion und den Arbeiter-Sekretariaten jährlich 1920-2640 Mk., für die Sanität 1880 bis 2300 Mk., für Hilfs-Erhebungs- und Besatzungsstellen 1880 bis

2100 Mk. Den Bezirksleitern steht monatlich bis 20 Mk. als Auszahlung zu.

Einmütig wird dann noch eine Resolution angenommen, in der energig. dagegen protestiert wird, daß Ausländer durch Bedrohung und Durchführung der Ausweisung verhindert werden, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Wahlergebnis in Hameln-Springe nimmt auch das Kasseler „Volkblatt“ das Wort, indem es sehr richtig schreibt:

Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß der Kampf für uns immer schwieriger wird. Wenn wir nicht zu unserem eigenen Schaden Vogel-Strawß-Vollzug treiben wollen, so müssen wir zugeben, daß die Gegner im Laufe der Zeit auch mancherlei gelernt haben und jetzt ganz anders den Wahlkampf führen, als bei früheren Wahlen. Daraus erklärte sich auch schon der Verlust einiger für absolut sicher gehaltenen Wahlkreise im Juni 1908.

Das letzte geschieht bekanntlich am ausgiebigsten in Leipzig. Ein schwerer Verlust hat die Partei in Bayern durch den Tod des Genossen Anton Radl erlitten.

Die Sozialdemokraten von Tokio in Japan haben bei einer nötig gewordenen Ergänzungswahl einen Kandidaten aufgestellt. Bei dem herrschenden reaktionären Wahlsystem (in Tokio kommen auf 1,800,000 Einwohner nur 16,500 Wähler) haben unsere Genossen natürlich gar keine Aussicht, ihren Kandidaten durchzubringen.

Das internationale sozialistische Bureau erinnert daran, daß durch das Bureau noch die auf den internationalen Kongressen in Paris, Brüssel, Zürich, London und Paris 1900 angenommenen Resolutionen und Anträge in einer Broschüre zusammengestellt zu beziehen sind. (Preis 75 Cent.) Vom Amsterdamer Kongress sind die Berichte und Resolutionen in den drei Hauptsprachen vorhanden; ferner wird der durch das Bureau zusammengestellte umfangreiche Bericht (500 Seiten) über die sozialistischen Organisationen von Europa, Amerika und Asien von 1900-1904 zur Anschaffung empfohlen. (Preis 3.75 Frank.)

lokales und Provinzielles.

Breslau, den 16. Juni.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die Zeitungshöfe am Christophorusplatz und an der Universitätsbrücke sind bisher an den Bahnhofsbuchhändler Wittmar verpachtet und zwar je zu 600 Mk. Der Magistrat beantragt, den Pachtvertrag um 2 Jahre zu verlängern mit der Maßgabe, daß die Pacht für den Rest an der Universitätsbrücke auf 300 Mk. herabgesetzt werde, da der Pächter dort angeblich Geld zusetzt.

Entsprechend dem Ausschussgutachten wurde die Magistratsvorlage betr. anderweitige Regelung der Pensions-Verhältnisse der Sparfassenbeamten angenommen, und die Schaffung einer Stelle eines Rechnungsbürovisors gutgeheißen.

Die Schulartzfrage.

Stadtv. Sanitätsrat Dr. Körner berichtet nunmehr über die Beratung der Ausschüsse III und VIII betreffend die ihnen überwiesene Vorlage betreffs Schaffung von Schulartzstellen für höhere und mittlere Schulen. Die Ausschüsse haben sehr lange und sehr lebhaft debattiert, aber keiner der dort eingebrachten Anträge habe eine Mehrheit erhalten, so daß die Debatte im Plenum noch einmal aufs neue beginnen mußte.

Stadtv. Dr. Reich (liberal) befragt die Vorlage aufs wärmste. Es sei nicht angängig, einen Unterschied zu machen zwischen Volksschulen und höheren Schulen. Zwar wären die Eltern der höheren Schulen in der Lage, die ärztliche Behandlung ihrer Kinder selbst zu bezahlen, aber es sei Tatsache, daß auch in den höheren Schulen eine ganze Anzahl Kinder mit sogenannten Schulkrankheiten behaftet seien. Wochenlang würden Kinder mit Infektionskrankheiten (Pneumonie, Auschlag und dergl.) in die Schule geschickt und bildeten eine Gefahr für ihre Mitschüler. Es sei falsch, wenn man von den Schulärzten eine Einmischung in die interne Schulleitung erwarte. Die Stadtverordneten dürften die Verantwortung nicht übernehmen, eine derartige Vorlage abzulehnen.

Stadtv. Dr. Richter (liberal) bekämpft als Gymnasialdirektor die Vorlage. Die Eltern der Gymnasien hätten meistens ihren Hausarzt, und es sei ein Eingriff in ihre Rechte, wenn man die Kinder noch unter die ständige Aufsicht eines Arztes stellen wollte, der nicht ihr Vertrauen besitzt. Bei einer Rundfrage im Zwinger-Realgymnasium habe sich herausgestellt, daß von 152 Vorkültern 140, von 482 Realgymnasialisten 390 unter ständiger ärztlicher Aufsicht durch einen Hausarzt stehen. Redner erklärt sich damit einverstanden, daß ein älterer, hygienisch gebildet durchgebildeter Arzt als Berater und Vertrauensmann der Direktoren angestellt würde, aber das System der Schulärzte von der Volksschule auf die Gymnasien zu übertragen, das sei nicht angängig. Die Schulkrankheiten stammten nicht aus der Schule.

Stadtv. Dr. Tietze (Reiter des Augusta-Hospitals) erklärt sich für einen warmen Freund der Vorlage. Man sei sich mit Herrn Richter so ziemlich einig, da auch die Freunde der Schulärzte einen hygienischen Berater für die Schulleiter haben. Redner polemisiert sehr energig gegen die rückwärtige Anschauung, die sich gegen das System sträubt und schließt: Wenn die Lehrer sich dauernd gegen eine solche von allen als nützlich anerkannte Einrichtung wehren, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn wir schließlich gegen ihren Willen es doch beschließen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Sebbete führt aus, daß nach seiner Auffassung der Schularzt an den höheren Schulen etwas andere Aufgaben haben müsse, als der in den Volksschulen. Das sei möglich. Er habe auch die Meinung, daß der Schularzt der Berater der Schulleiter sein müsse. Nicht alle Schulleiter seien übrigens der Meinung des Herrn Richter. Sie haben sich vielmehr zum großen Teil als Freunde des Systems bekannt.

Stadtv. Dr. Pfandner hält im Gegenzug zu Dr. Richter die Sache für vollkommen klar. Auch der Magistrat spreche überaus, insbesondere in der Begründung der Vorlage, von der hygienischen Seite der Einrichtung. Im übrigen wolle man ja gerade einen Versuch machen. Wenn man also die Sache nicht für genügend geklärt halte, dann solle man doch den Versuch unternehmen, um genügende Klarheit über den Wert der Einrichtung zu erlangen.

Stadtv. Sanitätsrat Dr. Töplitz (lib.) erklärt sich als Gegner der Schulärzte an höheren Schulen. Er führe Arzt und erfahrener Hygieniker sei absolut nicht identisch. Die Eltern würden nicht mit der Berufstätigkeit durch den Arzt in der Schule einverstanden und die Meinung der Ärzte über die Frage sei auch geteilt. Das Schulartzsystem an der Volksschule sei ein Geschenk an die Eltern, ein solches brauchten die Eltern der höheren Schulen nicht.

Oberbürgermeister Dr. Wender: Es sei durchaus unrichtig, wenn man sich auf den Standpunkt stelle, daß man etwas nicht bewilligen wolle, weil die Sache noch nicht klar sei. Man könne in solchen Fällen doch nur das praktische Beispiel machen, um die nötige Erfahrung zu bekommen. Es könne nicht davon die Rede sein, daß das Schulartzsystem ein Geschenk an die Väter sei. Vielmehr sei lediglich eine Pflicht der Stadt erfüllt worden gegenüber den kranken Kindern. Es sei auch ganz beabsichtigt, daß man von Schulkrankheiten spricht. Es sind eben tatsächlich Krankheiten, die speziell in der Schule entstehen und sich entwickeln, als Kurzsichtigkeit, Schwerhörigkeit u. In der Volksschule wären die Kinder noch verhältnismäßig gesund, in den höheren Schulen, wo die Kinder überaus angestrengt werden, finden sich Nervosität, Hysterie und ähnliche Krankheiten viel häufiger. Da solle eben der Schularzt eingreifen und auf entstehende Krankheiten aufmerksamer machen. Was ein Hausarzt heute bedeutet, sei bekannt: Es ist ein Arzt, der die Familienmitglieder regelmäßig behandelt, aber nur, wenn sie sich krank fühlen. Der Schularzt solle auf solche Krankheiten aufmerksam machen, die dem Kinde noch gar nicht selbst zum Bewußtsein gekommen sind. (Beifall.)

Stadtv. Professor Dr. Frankl: Wenn der Schulmann Richter gegen die Schulärzte spreche, könne er das verstehen, aber das sei so alter Krampf wie Dr. Töplitz gegen die Vorlage spreche, daß ein ihm unverständlich und nur dadurch zu erklären, daß Dr. Töplitz ein Führer in der Bewegung der Ärzte nach größeren materiellen Einnahmen sei. Da wolle er den „Hausärzten“ keine Konkurrenz machen lassen. Danach hätte aber die Stadtgemeinde nicht zu fragen, sondern nur, was zu tun sei, um bestehende Verhältnisse zu beseitigen. Und da müsse er aus seiner 37-jährigen Praxis als Frauenarzt berichten, daß 50-60 Prozent der Besucherinnen von höheren Mädchenschulen bereits krank und in ständiger Aussicht bedürften. Husten, Bleichsucht, Nervosität, Hysterie sei weit verbreitet und gerade für die höheren Mädchenschulen sei die Anstellung von Schulärzten eine unbedingte Notwendigkeit.

Stadtv. Dr. Feige (freisinnig) spricht als Vater, nicht als Schulmann oder Arzt, seine Sympathie für den Antrag aus. Die meisten Väter hätten nicht Zeit, sich um das Wohlergehen der Kinder eingehend zu bestimmen, da würden sie es dankbar begrüßen, wenn sie von dem Schularzt durch einen Zettel aufmerksam gemacht würden, daß sich bei diesem oder jenem Kinde eine Krankheit zu entwickeln beginne, damit rechtzeitig eingegriffen werden könne.

Ein Schlussantrag wird angenommen. Bei der Abstimmung über die Vorlage ergibt sich, daß die Mehrheit sich für sie erklärt hat. Das Resultat wird mit Beifall begrüßt.

Genehmigt wird der beantragte Ankauf eines Grundstücksparzelle in Radwanitz zum Zwecke der Grundwassererzeugung. Der beantragte Ankauf von Grundstücken in Prietern wurde dem Ausschuss für Grundeigentum zur Vorbereitung überwiesen. Die Vorlage betr. Ausbau und Verlegung der Straße an den Döwitzer Friedhöfen wird genehmigt mit der Maßgabe, daß von den beantragten 180,000 Mk. Kosten 80,000 Mk. gestrichen werden.

Ferner wurde beantragt, 2100 Mk. zu bewilligen für eine Festvorstellung zu Ehren des deutschen Apotheker-Vereins, der hier seine Generalversammlung abhalten will. Dagegen ergriff Stadtv. Dr. Sebbete (Sog.) das Wort, welcher ausführte, daß einmal ein Anfang gemacht werden müsse, mit der Sparsamkeit auf dem Gebiete der Festlichkeiten. Der Stand der Apotheker sei ein privilegiertes und sei durch Krankheiten des ärmeren Volkes sehr wohlhabend geworden. Die meisten Angehörigen dieses Berufes seien schwererente und könnten ihre Festvorstellung selbst bezahlen, weil die Sozialdemokraten es auch müßten, wenn sie ins Theater gehen wollten. Die Stadtverordneten hätten für die armen Bergarbeiter keine 5000 Mk. übrig gehabt, da dürften sie auch nicht für solche Feste Tausende verausgaben. - Natürlich wurde die Vorlage genehmigt.

Die Magistratsvorlage betr. Hergabe der Handwerker-Schule für die Meister wurde ohne Ausschussberatung genehmigt. Dagegen wurde der Antrag, an der Burgstraße für den Neubau der Werderbrücke ein zweites Brückenhaus zu erbauen, dem Ausschuss V überwiesen.

An den Ausschuss ging auch der Dringlichkeitsantrag, welcher die Errichtung einer Mischküche für Säuglingskinder für Rechnung der Stadt fordert.

Die Sitzung wurde erst nach 7 Uhr geschlossen.

Ausstellung von Goldschmiedarbeiten. Die Direktion des Schlesischen Museums für Kunstgewerbe und Altertümer in Breslau veranstaltet in der Zeit vom 1. Oktober bis Mitte November dieses Jahres eine Ausstellung von Goldschmiedarbeiten schlesischen Ursprungs oder aus schlesischem Stoffe. Schlesien war vom späteren Mittelalter an bis tief in das 19. Jahrhundert das Land einer überaus blühenden Goldschmiedekunst. Mit der Hauptstadt Breslau mittelalterliche viele kleinere Orte durch treffliche Arbeiten. Ein glückliches Geschick hat es gefügt, daß von dem im Lande entfallenden Werken sich überraschend viele erhalten haben, in und außerhalb der Provinz, im Besitz von Kirchen, Museen, Korporationen und Privatpersonen. Schlesien ist aber auch reich an hervorragenden Goldschmiedewerken, die außerhalb der Landesgrenzen, an anderen Kunststätten, wie Nürnberg, Augsburg, Dresden, Leipzig, Berlin u. verfertigt wurden. Aber nur wenige kennen diese zum Teil schwer zugänglichen Schätze. Eine Ausstellung, die den ganzen jetzigen Besitz des Landes vereinigt und aus die in der Fremde befindlichen schlesischen Arbeiten an sich zieht, wird daher, wie wir hoffen, allenthalben auf das dankbarste begrüßt werden. Sie wird mehr als eine imponierende Schaustellung kostbarer und kunstvoller, wunderbarer und gleichzeitiger Ergebnisse des edelsten Kunsthandwerkes sein: sie wird bildend und erregend auf unser Kunstgewerbe und das Publikum einwirken und den Preis liefern, daß Einheimische und Fremde auch die schlesische Goldschmiedekunst unterzucht haben, wie es bisher in der ganzen alten Kunstproduktion Schlesiens ergangen ist. Denn auch die Wissenschaft hat bis vor kurzem von all den Arbeiten, die die Ausstellung vereinigen soll, noch sehr wenig Kenntnis genommen. Das Schlesische Museum für Kunstgewerbe und Altertümer ist jetzt schon eifrig an den Vorbereitungen für dieses weit-

ausstehende Unternehmen tätig. Die Auszahlung ist beiseite, der
Forderung eine feste Grundlage zu verschaffen. Eine mögliche Voll-
ständigkeit der in Schließung erkrankten Arbeiter ist dazu unerlässlich.
Nicht minder sind die aus der Fremde nach Schlesien verbrachten
Werke von Interesse, weil sie den heimischen Goldschmieden vielfach
als Vorbilder dienen.

Die Direktion ersucht die Besitzer von Arbeiten, die für die
Ausstellung von Interesse sind, diese dem Museum vertrauensvoll
zur Verfügung zu stellen. Sie übermitteln damit ein schönes Unter-
nehmen.

Das Arbeiter-Sekretariat Breslau ist im
Monat Mai von 890 Personen in 808 verschiedenen Fällen
in Anspruch genommen worden; im Vormonat von 494.
Mit 696 Personen, die in ihrer Sache wiederholt Auskunft
erhielten, beträgt die Besuchsziffer im Mai 1835. Von den
890 neu eingetretenen Personen waren männlich 712,
weiblich 127, organisiert 670, Ehefrauen Organisierten 60,
Organisationsunfähige 109, wohnhaft in Breslau 770,
außwärts 69. Von den 893 Fällen wurden erledigt
mündlich 595, schriftlich 298. — Der Monat Mai 1905
zeigt die stärkste Inanspruchnahme, die das Sekretariat in
der ganzen Zeit seines Bestehens — seit dem 8. Januar
1900 — in einem Monat gehabt hat. Erklärt wird die
bedeutende Steigerung gegen den Vormonat durch Steuer-
Kontrollationen, die in diesem Jahre besonders häufig an-
gefordert werden mußten. Aber auch sonst ist die Frequenz
erheblich gestiegen. Am 31. Mai 1904 zeigte das Tagebuch
1581 eingetragene auskunftsuchende Personen. Der 31. Mai
1905 schließt mit 2934 ab. Angefichts dieser vermehrten
Inanspruchnahme wird wiederholt dringend ersucht, das
Sekretariat nicht zu wenige Minuten vor Schluß der Sprech-
stunden aufzusuchen, da sonst eine Erledigung der Sache
nicht sofort erfolgen kann. Viele Besucher glauben immer
noch, sie müssen im Sekretariat festtagsmäßig gekleidet er-
scheinen. Das ist durchaus nicht nötig. Wie der Arbeiter
in der Werkstatt oder Fabrik, auf dem Bau etc. sieht und
geht, kann er auch ins Sekretariat kommen, und zwar soll
er den Weg dahin sofort nach Schluß der Arbeit nehmen.
Die Sprechstunden sind von 11 bis 1 Uhr und von 5 1/2 bis
7 1/2 Uhr feierlich. Außerhalb dieser Stunden kann keine
Auskunft erteilt werden, da die übrige Bureauzeit für die
Anfertigung der schriftlichen Arbeiten festgehalten werden
muß.

Der Arbeiter-Radsfahrer-Verein Breslau veranstaltet
am Sonntag, den 19. Juni, einen Familienausflug nach dem Sand-
berg bei Herrnhut, verbunden mit Konzert, Tanz, Kinder-
belustigungen. Dieser Ausflug war zuerst per Dampfboot ab-
geplant, aber infolge Schwierigkeiten bezüglich der Fahr-
per Bahn statt. Den Partei- und Sportgenossen diene das Inter-
esse zur näheren Kenntnis.

Volksheim des Simbald-Vereins, Ackerstraße 31, I.
Sonntag, den 18. Juni, Abends 8 Uhr, findet ein reichhaltiger Vortrag
über: „Die Kultur- und Wundpflege und ihre Bedeutung für das
Allgemeinwohl des Menschen“ statt. Eintritt frei!

Das Los des Dienstmädchens. Ein 18 Jahre altes
Dienstmädchen von der Dübenerstraße 35 strang am 15. d. Mts. bei
Rückkehr in die Pforte, wurde aber durch einen Kaufmann wieder-
herausgegeben. Es gab an, daß es durch seine Dienstherrin fort-
geführt gemißhandelt werde und deshalb Lebensmüde ge-
worden sei.

Die durchgebrannten Pferde. Am 14. d. M., Abends,
wurden auf der Berliner Chaussee zwei vor einem Wagen gekramte
Pferde über die Gasse hinweggeführt. Der Kutscher führte vom Post und
verlor sich schwer am Kopf, so daß Sanitätsmannschaften der
Neumarkt in Hilfe gerufen werden mußten. Infolgedessen Anwalles
löste sich die Deichsel und die Pferde rissen, nachdem sie noch eine
Weilstrecke an die Wand geschleudert hatten, weiter, bis sie auf dem
Waldweg festgehalten wurden.

Feuer. Am 14. d. Mts., Mittags, entzündete in einer Woh-
nung am Waldweg 1, welches eine Anzahl von Möbel-
und Wäschegegenständen, jedoch vor Anbruch der Feuerwehre bereits ge-
lösch war.

Ein Gerichtsbeamter treibt hier seit Wochen sein Un-
wesen, indem er Witwen beschwindelt. Er gibt sich als Gerichts-
beamter aus, zieht irgend ein Schriftstück vor und behauptet darauf,
daß ihm die Kosten zur Regelung des Nachlasses sofort zu entrichten
seien. Die geschicktesten Frauen hindern ihm auch fast stets die
geforderten Beträge aus.

Vermisst wird seit dem 14. d. M. der 5 Jahre alte Knabe
Willy Wiede, Sohn eines an dem Kalernen 66 wohnenden Arbeiters,
ferner die 41 Jahre alte Zimmermannsrau Karoline Wiedemann,
die sich am 12. d. M. unter Mitnahme ihres 1 Jahr alten Sohnes
aus ihrer Wohnung, Poststraße 5, entfernt hat und endlich seit
dem 8. d. M. der 45 Jahre alte Arbeiter Max Janowski, wohn-
haft am Waldweg 1.

Tiefkühle. Einem Arbeiter von der Berliner Chaussee
wurde ein Ersatzkondensator über 1012 Mt., angesetzt von der Zwa-
rte in Striehn a. O., einer Frau auf dem Schiedewitzplatz ein
Permanente mit 4 Mt., einem Schiedewitzmeister in Damiß 8 Pfund
Schiedewitz, einem Bräuner auf dem Turmweg im Schiedewitz
eine ältere Remontieruhr mit Goldrand, Nr. 59,952 geschloßen.
Auf dem Tische befand sich das Menuegramm R. T.

Verhaftet wurde in der Nacht zum 15. d. M. auf der
Tischstraße ein Schlossermeister, der einem Malermeister die Tafel-
uhr entwendet hatte; ferner eine Einlegerin, die einem Tischlermeister
ein Portemonnaie mit Geld, und ein Handlungsgehilfe, der aus einer
Wohnung auf der Kurze zwei mehrere Kisten entwendet hatte.

Polizeiliche Maßnahmen: In das Polizeipräsidium
wurden am 14. d. M. 24 Personen eingeliefert. — Gefundene
waren: ein goldener Trauring, ein goldener Ring mit grünem
Stein. — Abhandelt wurden: eine silberne Uhr, 24 R. Kasse,
ein Brillenring, eine goldene Damenuhr.

Griechen. Daß die zweijährige Dienstzeit noch
zu lang ist und die Soldaten anderweitig beschäftigt werden
müssen, beweist folgendes: In der Brieger Stadtkaserne (A.-G.),
wo zu Ostern zwei Bunker infolge Arbeitsmangels entlassen wurden,
jedoch nach abschließender Arbeitsniederlegung sämtlicher Bunker diese
wieder eingeweiht wurden, ist jetzt einmal so viel zu tun, daß
zwei Mann vom 156. Regiment als Böttcher-
gehilfen beschäftigt werden. Letztere arbeiten von früh 6 bis
Abends 6 Uhr bei 1 Stunde Mittagspause mit 250 Mt. Tagelohn.
Es ist sehr bedauerlich, daß die Stadtkaserne keine Böttcherstellen
einstellt, für die Soldaten wird es jedenfalls andere Beschäftigung
geben, und an Böttcherstellen mangelt es doch wirklich nicht, aber
für 250 Mt. wird sich schwerlich ein Böttcher einstellen. Daß die
Böttcher seit dem Streik nicht besonders gut angehalten sind, das be-
weist die Tatsache, daß ihnen bei der geringsten Kleinigkeit mit Ent-
lassung gedroht wird. Ist doch erst kürzlich ein Böttcher nach Tischen
trafverteilt worden. Ebenfalls beabsichtigt die Direktion, die organi-
sierten Böttcher nach und nach hinauszubringen, um willige,
anziehende Leute zu beschäftigen, die 10 ja 15 Jahre für einen Hunger-
lohn von früh 5 bis Abends 6 Uhr arbeiten, und die niemals die
Tätigkeit besitzen, um Löhne zu bitten. Die Brieger Arbeiter-
schaft erwartet von der Direktion, daß sie die zwei Soldaten ent-
läßt und Böttcherstellen einstellt.

Ströbel, 14. Juni. Ersterliches vom Wahl-
verein. Wir erhalten folgende Zuschrift: Nummer 11 der hiesigen

Wahlverein auf 100 Mitglieder zu liegen und stetig sind neu ein-
tretende zu berechnen. Leider gibt es noch Genossen, welche in
Sachen der Volkstreu ihre Parteipflicht nicht erfüllen, sie denken
nicht, daß sie nicht bloß den Genossen, sondern sich selbst in den
Nähten fallen. Die Arbeiter mühen sich nur einmal die hiesigen
Arbeiterverhältnisse mit klaren Augen betrachten. Die Arbeitstreu
hat in den hiesigen Stützpunkten überhaupt keine Grenze und was
haben die Arbeiter von ihrer überlangen Schinderei am Wochen-
schluß, wenn sie die teureren Lebensmittel eingekauft haben? Mancher
Familienvater ist gezwungen, die Frau noch mitzubringen zu lassen,
die kleinen Kinder zu Hause sich selbst überlassend. Alle diese
Mängel helfen aber nichts, wenn nicht jeder Gleichgültige zur Seite
steht und sich der hiesigen Bewegung anschließt. Ein Vokal,
welches der Arbeitstreu zur Verfügung steht, kann den Grundstein
zu einer geliebten Entwicklung bilden. Jeder denkende Arbeiter
mühe sich daher schleunigst dem Wahlverein anzuschließen. Der Ge-
nosse Steibl als Vertrauensmann wird sich gern bereit erklären und
Aufnahmen in den Verband vornehmen.

Waldburg, 15. Juni. Ein Wort aus Zentrum
Die „Schlesischen Nachrichten“, das im hiesigen Kohlenrevier ver-
breitete Zentrumsblatt, ist dreist genug, die vom preussischen Land-
tage zurechtgeschickte Vergeltungsnovelle als einen großen Fortschritt
auf sozialem Gebiet zu preisen. Es bleibt ja auch dem Zentrum
nichts anderes übrig, als jetzt das mit seiner Hilfe geborene Kind
schon zu finden. Wenn aber die hiesigen Führer der schwarzen Garbe
einmal hören wollen, welche Aufnahme dieses Machwerk in der Masse
unserer Knappen findet, so könnten sie dies sehr billig haben. Wie
würde es, wenn die Herren eine große öffentliche Vergewaltiger-
Versammlung veranstalteten, in der jeder Mann seine Meinung über
das geschaffene Gesetz äußern könnte? Nach den Auslassungen der
„Schles. Nachr.“ sind ja die durch das Gesetz den Vergewaltigern ge-
botenen Verbesserungen so groß, daß es von übertriebener Verschwen-
dung zeugt, wenn sich das Zentrum unsere Anrechnung nicht zu Nuzen
macht und dadurch den Kohlengräbern Selbstenheit gibt, denselben
ihren Dank abzusprechen. Der Landtagsabgeordneter Franke würde
es gewiß ebenfalls freudig begrüßen, bei diesem Anlaß Rechenschaft
über seine Tätigkeit geben zu können. Also?

Wienitz. In einer öffentlichen Schmiech-Ver-
sammlung sprach am 6. Juni Genosse Peter aus Leipzig über
die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Der Einladung
waren 25 Gefellen und 6 Meister gefolgt und gestellte sich die Ver-
sammlung sehr interessant, da sich auch die Meister an der Diskussion
beteiligten. Betreffs der Forderung auf Beseitigung des Kohlen-
und Holzhandels bemerkten die Meister, daß sich ihre Gefellen dem
Kohlenhändler anschließen, da sie bei freier Station 8-9 Mt.
wöchentlich Lohn zahlten. Die Meister malten ein ziemlich volles
Bild von der Lage der Gefellen, wollten aber den Gefellen auch
nichts in den Weg legen, wenn sie sich organisieren. Offen wir,
daß sie ihr Wort halten. Der Organisationsrat trat sofort 8 Gefellen
bei und steht zu erwarten, daß auch der Schmiechverband bald eine
Zahlstelle hier beizubringen kann.

Sängerfest der Arbeiterschaft. Am 1. Pfingst-
feiertag hatte der Arbeitergesangverein „Singerkraut“ unter Mit-
wirkung der Arbeitervereine von Hoyau und Janer im Ge-
werkschaftshaus ein Konzert veranstaltet, welches sich eines guten
Besuches erfreute. Leider war die Bitterung nicht, sodas viele den
Garten vorzeitig verließen. Das Programm war sehr reichhaltig, es
umfaßte 34 Nummern, die Vereine boten ihr bestes, doch war der
herrschende Wind in dem freigelegenen Garten sehr ungnädig. Das
Entreé betrug pro Person 10 Pf. und doch war es vieler Genossen
zu teuer und waren sie unwillig, darüber, daß der Garten abgepflastert
sei. Man sollte doch bedenken, welche Unkosten den Vereinen durch
ein solches Fest entstehen, und daß sich der Arbeitergesangverein stets
in den Dienst der Arbeiterbewegung stellt und nie seine Mitwirkung
verweigert hat, wenn seitens der Arbeiterschaft ein Ruf an ihn ergeht.

Milchkrieg. Hier spielt sich gegenwärtig wieder ein
Kampf um die Verbilligung der Milch ab. Im vorigen Sommer
wurde der Preis für Vollmilch von 14 auf 16 Pf. erhöht. Die
treibende Kraft der damaligen Bewegung war der Direktor der
Vogelweiser Molkerei, Herr Bernide. Nachdem es jetzt Futter zur
Verbilligung gibt und die Milchproduktion gestiegen ist, haben eine Anzahl
kleiner Händler den Preis per Liter auf 14 Pf. ermäßigt. Das
paßt dem Herrn Direktor aber ganz und gar nicht, er wollte den
hohen Preis durchaus beibehalten. Am 13. Juni früh verlaufen
die Wagen der Molkerei die Milch jedoch auch für 14 Pf., während
sie 1. Juni tags wieder mit 16 Pf. verkauft wurde. Wie jetzt die
Vollmilch herbeikommt, will die Molkerei von jetzt ab wieder für 14 Pf.
verkaufen, es fragt sich wie lange, denn Herr Bernide wird bei der
ersten nächsten Gelegenheit versuchen, den Preis wieder zu erhöhen.
Sein Ideal sind hohe Milchpreise, er hat sie auch nötig; die
Molkerei hat unter seiner Leitung zwei Unternehmen ins Leben ge-
rufen, welche Großstädte nicht aufzuweisen haben, sich aber auch
nicht zu ruinieren scheinen, mindestens die Milchballe am Hänge
nicht, für welche jährlich allein 5000 Mt. Miete zu zahlen sind,
ohne die nicht geringen Betriebskosten und die elegante Ein-
richtung.

Bunzlau. Die hiesigen patriotischen Kreise
sind in tiefe Trauer versetzt worden. Herr Oberlehrer Dr. Ohnel
wird von hier in gleicher Eigenschaft nach Dels verlegt. Das ist für
die Kreisgenossen und sonstigen „guten Deutschen“ sehr betrübend,
denn Herr Ohnel war der „Macher des Ganzen“. Er leitete bis
vor kurzem den Neuen Wahlverein und legte sein Amt als Vor-
sitzender erst nieder, bis er die Gewißheit hatte, daß nicht er, sondern
einer seiner Kollegen den Posten erbt. Dem Kreisgenossen, wo er
weiter Vorredner ist, hielt er manchen „erbaulichen“ Vortrag
über Deutschlands Größe und Macht. Bei Wahlen war er maß-
gebend und die konservativ-liberal-freisinnige
Allianz bei den Stadtverordnetenwahlen in den
letzten Jahren in sein Werk. Nun geht er hin nach Dels und
lehrt nicht wieder. Friede sei mit ihm!

Herr Lehrer Seifert, der vor nicht langer Zeit den
Vorzug im hiesigen Wahlverein angenommen, trat sich mit der
Absicht, seine politische Tätigkeit aufzugeben und seiner Führerschaft
zu entsagen. Wie verdammt, hatten sich hinter den Kulissen Dinge
abgespielt, die Herr Seifert zu diesem Schritt veranlassen. Der
genannte war einer der wenigen Freisinnigen, die zu den wirklich
Überzeugten gehören.

Herr Redakteur Wenzke vom „Bunzlauer Stadt-
blatt“ verläßt ebenfalls am 1. Oktober Bunzlau, um die Leitung
eines anderen Blattes in Gleiwitz zu übernehmen.

Bollenhain, 15. Juni. In Pörschborn hatte am zweiten
Pfingstfeiertag Tanzmusik stattgefunden. Daran hatte sich unter
anderem auch der 17 jährige Sohn eines dortigen Stellenbesetzers be-
teiligt. Nach beendeter Tanzveranstaltung ging die Tänzerin des jungen
Mannes mit einem anderen jungen Manne nach Hause. Der
Stellenbesetzer folgte dem Mädchen bis nach dem benachbarten
Klein-Gröden, wo das Mädchen zu Hause ist. Als sich dieses mit
ihrem Begleiter in der Pause vor dem Wohnhause noch zu einer
kleinen Handerei niedergelassen hatte, gab der eifersüchtige Verfolger
auf das Mädchen zwei Schüsse ab, von denen der erste
an einer Brustwarze abprallte und am Körper eine kleine
Stelle zerdrückte, während der andere Schuß fehlging. Nicht
wissend, welche Wirkung seine Handlung erzielt hatte, lief der Eifer-
süchtige nach der elterlichen Wohnung in Pörschborn und er-
hängte sich.

Laurahütte, 14. Juni. Einen entsetzlichen Tod
erlitt unter den Hölzern im hiesigen Eisenhüttenwerk der 23 jährige
ledige Arbeiter Probst. Er fiel in glühend flüssige Eisenschlacke
hinein und wurde scharflich verbrannt. Nach einigen Stunden gab
er seinen Geist auf.

Katowitz, 16. Juni. Die Sorge. Eine 70 Jahre alte
Frau, Julie K., hatte aus Not abgeteilt. Sie erhielt aus der Armen-

Kasse nur 5 Mt. Monats-Unterstützung und soll mit 17 Pf. für den
Tag ihr Leben fristen. Der kranke Sohn hat 5 Kinder und lebt auch
in drückenden Verhältnissen. Mit Rücksicht auf die Notlage des
Mutterleins beantragte schon der Amtsanwalt Freipflichtung;
das Gericht erkannte dem Antrage gemäß.

Ein vernünftiges Urteil!

Kleine provinzielle Nachrichten.

Am zweiten Feiertage fuhr ein auf Urlaub befindlicher Husar
mit dem Fahrrad auf der Chaussee von Klein-Banbrich nach
Wettshaus. Im Begriff, mehreren ihm entgegenkommenden Per-
sonen auszuweichen, fuhr der Husar über den Chausseerand hinaus
und stürzte die steile Böschung hinab, wo er mit dem Kopf auf einen
Stein fiel und tot liegen blieb. — Am 14. Juni erkrankte im Wähl-
graben zu Bingenborn bei Lauban das 5 1/2 jährige Töchterchen des
Wahlgräbers Barisch. Das Kind ist wahrscheinlich am Rande des
Grabens entfallen und dabei ins Wasser gefallen. Die Leiche
wurde bald am Wasserrechen der Pappen- und Kartonnagenfabrik
aufgefunden. Doch die längere Zeit anhaltenden Wiederbelebungs-
versuche waren ohne Erfolg. — Am 15. Juni brannte das Haus des
Fabrikarbeiters und Hausbesizers Paul Penbaum in Ober-
Horborsdorf, Kreis Lauban, vollständig nieder. Frau und Kinder
des Abgebrannten konnten nur mit Mühe durch die Fenster gerettet
werden. — Am 13. Juni wurde auf der Ober in der Nähe der
Wismamündung bei Markbr die Leiche eines Mannes gezogen, in
der der Arbeiter Alois Heinisch aus Petershagen, geboren in Passau,
Kreis Rastatt, zuletzt in Odra wohnhaft, erkannt wurde. Es liegt
Selbstmord vor. Was den 88 jährigen Mann in den Tod getrieben
hat, ist nicht bekannt.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Vergütungen.

* **Schlachten-Kolossalgemälde am Freibeberg**. Nicht
mehr allzulange wird das gegenwärtig ausgestellte, künstlerisch aus-
gezeichnete Schlachtengemälde „Schlacht bei Orléans“ zu sehen
sein, denn die Direktion erwägt schon jetzt den Gedanken eines Ab-
wechsels. Alle diejenigen also, die das Gemälde noch nicht gesehen
haben, werden deshalb gut tun, es alsbald zu besichtigen. Gebüret
ist das Panorama bis Sonnenuntergang. Bildbeschreibungen und
Fremdpläne sind an der Kasse zu haben.

Verfassungen und Vereine.

Breslau.

Vorsitzender des Gewerkschafts-Komitees: Drechsler

Peterhansel, Reichental 16.

Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 18. Juni:

Dachdecker. Vormittags 11 Uhr: Mitglieder-Versammlung.

Zimmer Nr. 1.

Stricker-Verband. Vormittags von 10-12 Uhr: Kasentag.

Deutscher Arbeiter-Verein. Vormittags 11 Uhr

im Saale. Unsere Lohnbewegung. Referent: Gauleiter Hartmann.

Montag, den 19. Juni:

Schmiede-Verband. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Abends

8 Uhr: Zahlabend. Zimmer Nr. 1.

Dienstag, den 20. Juni:

Holzarbeiter. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer

des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbischer Vorstadt).

Bezirk 2. Dienstag, den 20. Juni, Abends 8 1/2 Uhr: Zu-

sammenkunft und Zahlabend. Der Bezirksführer.

Bezirk 5 u. 7. Sonnabend, den 17. Juni: Zusammenkunft

und Zahlabend. Der Bezirksführer.

Bezirk 19. Dienstag, den 20. Juni, Abends 8 Uhr:

Zusammenkunft und Zahlabend. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Bezirksführer.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Bezirk 15 und 25. Dienstag, den 20. Juni, Abends

8 Uhr: Zahlabend. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Der Bezirksführer.

Distrikt IV (Sand-Vorstadt).

Bezirk 54 umfassend: Weinstraße Nr. 3 bis 41, 4 bis 44

und Kreuzburgerstraße Nr. 3 bis 25, 4 bis 22. — Als Bezirksführer

gewählt ist Tischler Kurt Effenberger. Der Distriktsführer.

Distrikt VIII (umfassend die Bezirke 80, 81, 82, 83, 84,

85, 86 [Kleinburg] und 121.)

Bezirk 80. Sonntag, den 18. Juni, Vormittags 10 Uhr:

Zahltag im Lokalen Lokal. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Bezirksführer.

Bezirk 81. Freitag: Zahlabend.

Hartlieb-Krieger und Umgegend. Bauarbeiter. Sonnt-

ag, den 18. Juni, Vormittags 8-10 Uhr werden

im bekannten Lokal Beiträge entgegengenommen.

Hartlieb-Krieger. Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Vor-

wärts“. Sonnabend, den 17. Juni, Abends 8 Uhr

Vereinsabend bei Schmidt. Die Mitglieder, welche mit ihren Bei-

trägen im Rückstand sind, werden ersucht, Sonnabend bestimmt

zu erscheinen. Der Vorstand.

Altwasser. Arbeiter-Gesang-Verein „Freie Sänger“.

Sonntag, den 18. Juni, Nachmittags 3 Uhr:

Monatsversammlung im Vereinslokal. Aufnahme neuer Mit-

glieder. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Altwasser. Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Frisch auf“.

Sonntag, den 18. Juni, Nachmittags 3 Uhr:

Monatsversammlung in Selters Hotel. Neue Mitglieder können

sich melden. Der Vorstand.

Neu-Salzbrunn. Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Wander-

lust“. Jeden Sonntag nach dem 15. jeden Monats,

3 Uhr Nachmittags: Versammlung im Annahof. Zahlreiches Er-

scheinen erwünscht. Der Vorstand.

Striegan. Wahlverein. Sonntag, den 18. Juni,

Nachmittags 8 Uhr: Versammlung in der „Bierquelle“.